

# VERBANDSBERICHT 2004

Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken



## INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT.....	4
<b>I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES.....</b>	<b>8</b>
<b>1. BANK- UND BANKAUFSICHTSRECHT .....</b>	<b>8</b>
1.1. BWG-Novellen.....	8
1.2. Novelle des Pfandbrief- und des Hypothekendarbankgesetzes.....	9
1.3. Pfandbriefstelle-Gesetz .....	10
1.4. FMA – Empfehlungen für das Kreditgeschäft .....	10
1.5. FMA – Empfehlungen für Fremdwährungskredite .....	11
1.6. FMA – Empfehlungen für Interne Revision.....	12
1.7. ROM / COREP.....	12
1.8. Zahlungsbilanzstatistik Neu.....	14
1.9. Umsetzung der Versicherungsvermittlungs-Richtlinie.....	15
1.10. Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz / Einzelversicherungspflicht.....	15
<b>2. STEUERRECHT .....</b>	<b>17</b>
2.1. EU-Zinsenrichtlinie.....	17
2.2. IAS / IFRS.....	17
<b>3. ZAHLUNGSVERKEHR .....</b>	<b>19</b>
3.1. Zahlungsverkehr – Das „New Legal Framework“ der EU .....	19
3.2. Nationales Clearinghaus.....	20
3.3. Digitale Signatur .....	21
3.4. EPS .....	22
<b>4. KOLLEKTIVVERTRAG .....</b>	<b>23</b>
<b>5. VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN / OMBUDSMANN .....</b>	<b>24</b>
<b>6. EUROPÄISCHE UNION.....</b>	<b>25</b>
6.1. Aktionsplan Finanzdienstleistung (FSAP / Lamfalussy-Verfahren).....	25
6.2. Ausweitung des Lamfalussy-Verfahrens auf den Bank- und Versicherungsbereich.....	25
6.3. Basel II / Brüssel II.....	27
6.4. Verbraucherkredit-Richtlinie .....	28
6.5. Forum-Gruppe Hypothekarkredit.....	28
6.6. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung .....	29
6.7. EU-Transparenz-Richtlinie.....	30
<b>II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG.....</b>	<b>31</b>
<b>1. WIRTSCHAFTSRAUM ÖSTERREICH .....</b>	<b>31</b>
1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditwirtschaft .....	32
1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors.....	33
<b>2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2004.....</b>	<b>37</b>
2.1. HYPO ALPE-ADRIA-GRUPPE .....	37
2.2. HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG.....	38
2.3. HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG .....	39
2.4. HYPO BURGENLAND.....	40
2.5. NÖ HYPO-BANK-KONZERN.....	42

# HYPO-VERBAND 2004

---

2.6.	HYPO OBERÖSTERREICH .....	43
2.7.	HYPO SALZBURG .....	46
2.8.	HYPO STEIERMARK .....	51
2.9.	HYPO TIROL .....	54
2.10.	HYPO VORARLBERG .....	56
<b>3.</b>	<b>GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMUNGEN .....</b>	<b>59</b>
3.1.	Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken .....	59
3.2.	Hypo-Banken-Holding .....	59
3.3.	Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H. ....	60
3.4.	Hypo-Wohnbaubank AG .....	61
<b>III.</b>	<b>GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS .....</b>	<b>62</b>
1.1.	Freier Verband .....	62
1.2.	Fachverband .....	63
1.3.	Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. ....	63
1.4.	Hypo-Bildung .....	64
<b>IV.</b>	<b>INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN .....</b>	<b>67</b>
1.1.	Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB) .....	67
1.2.	Deutschland .....	67
1.3.	Schweiz .....	68
<b>V.</b>	<b>ORGANE .....</b>	<b>68</b>
<b>VI.</b>	<b>ZWEIGSTELLEN .....</b>	<b>72</b>

## VORWORT DES PRÄSIDENTEN

Nach dem sehr schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeld der vergangenen Jahre zeigte die österreichische Wirtschaft 2004 deutliche Erholungstendenzen und wuchs mit 2% doppelt so hoch wie zuvor. Dieses erfreuliche ökonomische Umfeld spiegelte sich auch in der Entwicklung der österreichischen Kreditwirtschaft wider. Nach einem verhaltenen Kreditwachstum 2003 stieg das Gesamtkreditvolumen mit 5,1% spürbar an. Die Geschäftsausweitung fand auch in der Ertragslage ihren Niederschlag, so konnte das unkonsolidierte Betriebsergebnis um 7,7% auf rd. 4,74 Mrd. Euro und das EGT auf rd. 3,56 Mrd. Euro gesteigert werden.

Im Rahmen des Alpbacher Bankenforums wurde von internationalen Finanzexperten festgehalten, daß die gesteigerte Ertragslage der österreichischen Kreditwirtschaft insbesondere auf die richtigen Managemententscheidungen und der damit einhergehenden strategischen Positionierung der Branche zurückzuführen sind. Österreichische Banken zählen zu den führenden Anbietern auf den ost- und südosteuropäischen Märkten, einer Region, die nach China zu den wachstumsstärksten Wirtschaftsräumen zählt. So gesehen wurde die im Mai 2004 erfolgte Osterweiterung der Europäischen Union durch die konsequente Expansionspolitik der österreichischen Banken bereits seit vielen Jahren vorweggenommen. Die im Inland oft unterschätzte Dimension des erfolgten Strukturwandels im Laufe der letzten Dekade wird aber deutlich erkennbar, wenn man sich die gegenwärtige Situation des deutschen Bankplatzes vor Augen hält. Im September bestätigte dies auch der Internationale Währungsfonds, der in seinem Abschlußbericht zur Evaluierung des österreichischen Finanzplatzes im Rahmen des Financial Sector Assessment Programms die hohe Stabilität und Schockresistenz des Finanzsektors festhielt.

In diesem Umfeld hat sich der Hypo-Sektor besonders dynamisch entwickelt. Die Positionierung als kundennahe, regionale Universalbank mit Spezialvorteilen im langfristigen Finanzierungsgeschäft, gewachsene Wirtschaftsräume grenzüberschreitend zu servicieren, hat sich als zukunftsweisend herausgestellt. Der Hypo-Sektor konnte sich so auch 2004 in einigen wesentlichen Kennzahlen deutlich besser als die Gesamtbranche entwickeln. Durch die starke Kreditnachfrage erhöhte sich die Bilanzsumme um 18,4%. Das Betriebsergebnis stieg auf rd. 305 Mio. Euro und das erwartete EGT verbesserte sich um

ergebnis stieg auf rd. 305 Mio. Euro und das erwartete EGT verbesserte sich um 21,47% auf rd. 188 Mio. Euro.

Es ist daher nicht überraschend, wenn in der von zeb/rolfes.schierenbeck durchgeführten und jüngst veröffentlichten European Banking Study 2004 den Hypos ein hervorragendes Zeugnis ausgestellt wird. Unter den 25 österreichischen Top-Banken befindet sich die Hypo Alpe-Adria-Bank an erster Stelle, die Hypo Vorarlberg an siebenter Stelle und die Positionen 21 und 22 werden von den Hypos Tirol und Steiermark eingenommen. Die Studie hat klar gezeigt, daß Größe allein kein Erfolgskriterium darstellt. Die umfassende Betreuung von klar definierten Kundensegmenten auf regionalen Märkten, verbunden mit einer schlanken Kostenstruktur, sind die wesentlichen Erfolgsfaktoren der Profitabilität und zeichnen vor allem die Hypo aus.

Diese Merkmale werden in einem sich immer intensiver ausbildenden Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen auch weiterhin die Erfolgsfaktoren sein. Unterstützend ist jedoch von der Politik zu fordern, daß Regelungen, die österreichische Banken im europäischen Wettbewerb massiv benachteiligen, wie etwa die Kreditvertragsgebühr oder die Grundbucheintragungsgebühr, rasch beseitigt werden müssen.

Für das Geschäftsjahr 2005 wünsche ich allen Hypos auf ihrem Weg viel Erfolg und danke mich bei allen MitarbeiterInnen für den gezeigten Einsatz und die große Leistungsbereitschaft.

Dir. Dkfm. Dr. Jodok Simma  
Präsident

## VORWORT DES GENERALESEKRETÄRS

Aktionsplan Finanzdienstleistungen, Lamfalussy-Verfahren, Basel II/Brüssel II, Verbraucherkredit-Richtlinie, FATF, BWG-Novellen, „Mindeststandards“ – diese Liste ließe sich sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene beinahe beliebig fortsetzen. Die Bankbranche wird seit geraumer Zeit von einer Regulierungsflut überrollt, die ihresgleichen sucht. Alle Forderungen auf EU-Ebene als auch auf Ebene der Mitgliedsinstitute, ein transparentes System der Gesetzesfolgenabschätzung einzuführen, das von strikten Kosten-Nutzen-Überlegungen ausgeht, waren bisher erfolglos. Mancherorts wird die Auffassung vertreten, daß das größte bankgeschäftliche Risiko mittlerweile das Regulierungsrisiko wäre.

Diese Entwicklung bedeutet naturgemäß für einen Kreditinstitutsverband in der Größe des Hypo-Verbandes eine besondere Herausforderung. Der Hypo-Verband verfolgt die Strategie, sich schwergewichtig und mit ganzem Einsatz jenen Aspekten zuzuwenden, die für die Mitgliedsinstitute von herausragender Bedeutung sind. Da die im europäischen Vergleich mittelständische österreichische Kreditwirtschaft von vielen Entwicklungen gleichartig betroffen ist, kann aufgrund der hervorragenden Zusammenarbeit im Rahmen der Kreditinstitutsverbände ein arbeitsteiliger Ansatz verfolgt werden. Durch diese Fokussierung konnten in der vergangenen Periode in sektorrelevanten Bereichen signifikante Fortschritte erzielt werden.

Unter der Federführung von Dr. Christoph Hiesberger gelangen die umfassende Novellierung des österreichischen Pfandbriefrechts und die Verabschiedung des Pfandbriefstelle-Gesetzes. Durch die Novelle des Pfandbriefrechts wird die Qualität des österreichischen Pfandbriefbriefes noch verbessert und die Hypos werden sich auch in Zukunft kostengünstig refinanzieren können. Mit dem Pfandbriefstelle-Gesetz wurde die Pfandbriefstelle als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut zeitgemäß geregelt, sodaß dieses bewährte zentrale Emissionsinstitut den Hypos weiter zur Verfügung stehen wird.

Mag. Bernhard Freudenthaler hat sich vehement dafür eingesetzt, daß es bei der Neufassung des Meldewesens zu keinen Überfrachtungen kommt und insbesondere die Wesent-

lichkeitsgrenze für die konsolidierte Meldung sowie die Meldefrequenz vernünftig gestaltet werden. Unter seiner Leitung haben die Geldwäschereibeauftragten der Hypos einen gemeinsamen Leitfaden zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung herausgegeben, der die inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen vorbildlich definiert.

Mag. Wolfgang Wild konnte mit seinem Team 2.600 Teilnehmertage im Rahmen der Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung erfolgreich durchführen. Ausbildungsinhalte, wie "Grundausbildung", "Kommerzberater" und "Steuerrecht" wurden erstmals auch in einer "italienischen Version" angeboten und von einigen Mitarbeitern bereits erfolgreich absolviert. Wegen der Qualität ihres Web Based Trainings genießt die Hypo-Bildung europaweit einen hervorragenden Ruf.

Abschließend verbleibt noch festzuhalten, daß unsere intensiven Bemühungen, die grobe Benachteiligung unseres Sektors durch die Einzelversicherungspflicht der Bankprüfung zu beseitigen, letztlich erfolgreich waren. In Bälde wird dieses Austriacum abgeschafft werden. Durch eine Sektorlösung mit einem österreichischen Versicherungsunternehmen ist es uns gelungen, für die vergangenen zwei Jahre Sonderkonditionen für die Bankprüferversicherung zu erzielen.

Ich möchte mich bei allen Verbands-MitarbeiterInnen für ihren Beitrag herzlich bedanken und auch allen Vorständen und Hypo-MitarbeiterInnen, die uns für unsere Arbeit wertvolle Unterstützung geliefert haben, meinen Dank aussprechen.

Mag. Dietmar Rupar  
Generalsekretär

## I. ARBEITSSCHWERPUNKTE DES HYPO-VERBANDES

### 1. BANK- UND BANKAUFSICHTSRECHT

#### 1.1. BWG-Novellen

Ein bereits im Frühjahr 2004 vom BMF vorgelegter Novellierungsentwurf reagierte auf ein Urteil des OGH, mit dem die Amtshaftung für Fehler des Bankprüfers bejaht wurde. Neben den geänderten Amtshaftungsbestimmungen sah der Entwurf des BMF eine Anhebung der Einlagensicherungs- sowie der Anlegerentschädigungsgrenze von Euro 20.000,-- auf Euro 30.000,-- sowie die Einführung eines Selbstbehaltes bei Einlagensicherungsfällen vor. Weiters sollte die Dauer der Zugehörigkeit zum gesonderten Rechnungskreis, das sind diejenigen Institute, bei denen im Sicherungsfall die Sicherungseinrichtungen aller Sektoren anteilig beitragen, auf zehn Jahre ausgedehnt werden. Außerdem wurden für Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite an Verbraucher zusätzliche Informationspflichten geplant.

Seitens der Kreditwirtschaft wurde zu den Amtshaftungsbestimmungen klargestellt, daß eine auch nur teilweise Übertragung der Kosten auf die beaufsichtigten Kreditinstitute als Teil der von der Kreditwirtschaft zu tragenden Kosten der FMA nicht akzeptabel ist. Die vorgeschlagene Erweiterung der Informationspflichten für Kreditinstitute im Zusammenhang mit Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten wurde als administrativ besonders aufwendig kritisiert und auf die bevorstehende Neufassung der Richtlinie für Verbraucherkredite sowie auf den durch die FMA-Richtlinien gegebenen Anpassungsbedarf hingewiesen.

Im Bereich der Einlagensicherung ist ein Hinausgehen über den von der EU-Richtlinie vorgesehenen Betrag von Euro 20.000,-- nur im Zusammenhang mit der Einführung eines Selbstbehaltes akzeptabel.



Nach einer umfassenden Überarbeitung wurden die Novellierungsvorschläge im April 2005 im Finanzausschuß beschlossen, wobei die vorgesehenen Änderungen bei Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkrediten sowie die Anhebung des Betrages für die gesetzliche Einlagensicherung nicht realisiert wurden.

## 1.2. Novelle des Pfandbrief- und des Hypothekenbankgesetzes

Über die von der Kreditwirtschaft vorgelegten Novellierungsvorschläge zum Pfandbrief- und Hypothekenbankgesetz wurde im zweiten Halbjahr 2004 eine intensive Diskussion zwischen allen Marktteilnehmern und dem BMF abgehalten. Die Vorschläge mündeten schließlich in einer umfassenden Novellierung des österreichischen Pfandbriefrechts, in die auch das aus dem Jahr 1905 stammende Gesetz über fundierte Bankschuldverschreibungen einbezogen wurde. Die Novelle wurde schließlich am 28.4.2005 im parlamentarischen Finanzausschuß beschlossen und soll am 1.6.2005 in Kraft treten. Mit der Novelle soll die Qualität und die Sicherheit des österreichischen Pfandbriefrechts verbessert und den Anforderungen internationaler Ratingagenturen an das Recht für gedeckte Schuldverschreibungen entsprochen werden. Dazu muß vor allem die zeitgerechte Bedienung von Pfandbriefen im Konkursfall der Hypothekenbank sichergestellt werden. Zum Teil wird damit auch die Entwicklung in vielen anderen europäischen Staaten nachvollzogen, wo in den letzten Jahren ebenfalls Maßnahmen zur Verbesserung der Pfandbriefqualität getroffen wurden; so wird in Deutschland im Juli 2005 ein neues Pfandbriefgesetz in Kraft treten.

Neben den Bestimmungen zur Verbesserung der Pfandbriefqualität sieht das Gesetz die Möglichkeit vor, treuhändig von einem anderen Kreditinstitut gehaltene Hypotheken in die Deckungsmasse einzubeziehen, wodurch die Begebung von großvolumigen Emissionen erleichtert wird.

Zur Verbesserung der Pfandbriefqualität sind ferner eine sichernde Überdeckung von 2% vom Nennwert sowie das Verbot der Aufrechnung gegen Deckungswerte vorgesehen. Die insolvenzrechtlichen Sonderbestimmungen legen fest, daß im Konkurs der Hypothekenbank die im Hypothekenregister eingetragenen Werte eine Sondermasse für die Forderungen der Pfandbriefgläubiger bilden, aus der fällige Forderungen der Pfandbriefgläubi-

ger durch einen besonderen Verwalter zu erfüllen sind. Der Sonderverwalter kann die Deckungsmasse an ein anderes Kreditinstitut veräußern, welches gleichzeitig die Verbindlichkeiten aus den Pfandbriefen zu übernehmen hat. Falls die Deckungsmasse zur Befriedigung der Forderungen der Pfandbriefgläubiger nicht ausreicht, können die Pfandbriefgläubiger ihre Forderungen gegen die allgemeine Konkursmasse geltend machen.

## 1.3. Pfandbriefstelle-Gesetz

Mit dem am 30.4.2004 in Kraft getretenen Pfandbriefstelle-Gesetz wurde die Verständigung zwischen der Europäischen Kommission und der Republik Österreich über die Abschaffung öffentlicher Haftungen für Kreditinstitute für den Bereich der Pfandbriefstelle umgesetzt. Das Pfandbriefstelle-Gesetz faßt die rechtliche Basis der Pfandbriefstelle als Körperschaft öffentlichen Rechts (öffentlich-rechtliches Kreditinstitut) klarer und zeitgemäßer zusammen und regelt die Haftungsverhältnisse entsprechend der Einigung zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Kommission. Der bisherige, im Rang eines Bundesgesetzes stehende Gründungserlaß aus dem Jahr 1939 konnte damit aufgehoben werden.

Für die Geschäftstätigkeit der Pfandbriefstelle sind nun einerseits das Pfandbriefstelle-Gesetz selbst, andererseits die auf Grund des Pfandbriefstelle-Gesetzes zu erlassende Satzung zu beachten. Die neue Satzung der Pfandbriefstelle wurde mit Bescheid des Bundesministeriums für Finanzen vom 11.10.2004 genehmigt. Das Pfandbriefstelle-Gesetz läßt dabei die grundsätzliche Organisationsstruktur der Pfandbriefstelle unberührt: Organe der Pfandbriefstelle sind weiterhin der Vorstand und der Verwaltungsrat.

## 1.4. FMA – Empfehlungen für das Kreditgeschäft

Die FMA hat ihr Augenmerk im Berichtsjahr gleich auf drei Schwerpunkte der Kreditwirtschaft gerichtet. So hat sie den in Österreich bisher unbekanntem Begriff der „Mindeststandards“ eingeführt, um die ihrer Meinung nach besonders bedeutsamen volkswirtschaftlichen Bereiche regeln zu können und eine „Interpretationshilfe“ für die allgemeine Sorgfaltspflicht nach § 39 BWG zu stellen.

Nachdem im Juni 2004 von der FMA ein Vorschlag für Mindeststandards für das Kreditgeschäft präsentiert wurde, begann eine intensive Diskussionsphase mit der Kreditwirtschaft, die am 13.4.2005 mit Herausgabe der neuen „FMA-MSK“ abgeschlossen wurde. Damit soll den österreichischen Kreditinstituten eine Handlungsanleitung für die nähere Ausgestaltung der organisatorischen und prozessualen Strukturen des Kreditgeschäfts in die Hand gegeben werden. Die FMA-Standards sollen zu einer Weiterentwicklung und Verbesserung des Kreditrisikomanagements beitragen. Vor dem Hintergrund dieser Zielsetzungen stellen die FMA-Standards Empfehlungen für Methoden zur Erreichung dieser Zielsetzungen dar. Diese Zielsetzungen können allerdings auch durch alternative Systeme erreicht werden. Für Geschäfte mit geringem Risikogehalt ist eine vereinfachte Umsetzung möglich. Die Empfehlungen werden gleichzeitig mit den österreichischen Umsetzungsbestimmungen zu Basel II in Kraft treten.

## 1.5. FMA – Empfehlungen für Fremdwährungskredite

Die FMA-Richtlinien für die Vergabe und Gestionierung von Fremdwährungskrediten und von Krediten mit Tilgungsträgern hat die Banken vor eine Reihe von datenschutzrechtlichen und organisatorischen Problemen gestellt. Ziel dieser Vorgaben waren Leitlinien, mit denen risikorelevante Ereignisse periodisch beobachtet und die Risikotragungsfähigkeit der Kreditinstitute für Fremdwährungskredite dargestellt werden können.

Als besonders schwierig gestaltete sich dabei die Berechnung von Streßtests für Tilgungsträger, da die dafür notwendigen Informationen hauptsächlich bei den Versicherungen vorlagen. Aus diesem Grund wurden Gespräche mit dem Versicherungsverband aufgenommen, um eine Datendrehscheibe für den Informationsaustausch zwischen Banken und Versicherungen zu schaffen. Es konnte verbandsseitig eine äußerst kostengünstige Lösung gefunden werden, die im nächsten Jahr in Echtbetrieb gehen wird.

## 1.6. FMA – Empfehlungen für Interne Revision

Den zweiten Schwerpunkt setzte die FMA auf die Ausgestaltung der Internen Revision. Auch hier wurden im ersten Entwurf viel zu weitreichende und einschränkende Regelungen kritisiert.

Die Forderung, sämtliche Bereiche des Unternehmens alle drei Jahre einer Überprüfung zu unterziehen, stand im Widerspruch zur ebenfalls postulierten Risikogewichtung bei der Prüfungsplanung. Bei einem derart verkürzten Intervall wäre ein wesentlich höherer Personalaufwand für die Revisionsabteilung die Folge gewesen, der überproportional auf der Ertragskraft kleinerer und mittelgroßer Institute gelastet hätte. Ebenso hätte der geplante Umfang der Berichte zu einem Aufblähen des Revisionsapparates geführt.

Die FMA zeigte sich in einem konstruktiven Gesprächsklima offen für die aufgezeigten Probleme und gab in Folge ein vereinfachtes und abgestimmtes Papier heraus, das im Jahr 2005 umgesetzt werden soll.

## 1.7. ROM / COREP

Diese Begriffe stehen für „Risikoorientiertes Meldewesen“ und „Common European Reporting“, also ein gemeinsames europäisches Meldewesen. Im Zuge von Basel II und vor der Einführung von IAS für auf dem europäischen Kapitalmarkt zugelassene Unternehmen war es für die Aufsicht notwendig geworden, das bisherige Meldewesen tiefgreifend strukturell zu verändern.

Zu diesem Zweck wurden von der OeNB und FMA gemeinsam mit Vertretern aller Bankensektoren Arbeitsgruppen nach Schwerpunkten gegründet, die die Vorarbeit dazu leisten sollten:

- GKE – Großkreditevidenz
- Markt- und Liquiditätsrisiko
- Konzern- und Auslandstöchter (Bilanzdaten, Kreditvolumen, Eigenmittel)
- Basel II – Säule I (Solvabilität, Verbriefungen, operationelles Risiko)
- Basel II – Säulen II und III (Start der Projektteams nach 2004)

Die Bankenvertreter forderten von Beginn der *Kick-off*-Veranstaltung an, die notwendigen Anpassungen an Basel II auf das Wesentliche zu beschränken und Redundanzen aus früheren Perioden bei dieser Gelegenheit zu beseitigen. Weiters sollten die Begrifflichkeiten und damit einhergehende Meldegrenzen in allen Bereichen vereinheitlicht werden.

Schon bei der ersten Durchschau der Konzepte mußten allerdings viel zu weitreichende Parameter festgestellt werden, die für die Risikoanalyse von geringer Relevanz sein dürften. So ist beispielsweise eine Betrachtung von Krediten unter Euro 350.000,-- (GKE-Grenze) kaum von Bedeutung für das Gesamtrisiko einer Bank. Zudem ist die GKE-Meldung nur von einem Teil der EU-Staaten zu erstellen, eine Auflistung von unter der GKE-Grenze liegenden Krediten gar eine rein österreichische Forderung der nationalen Aufsicht.

Hingegen verursacht ein Aufblähen des Meldewesens nicht nur Kosten bei der Implementierung in den Systemen der Bank; durch die teilweise sehr kompliziert gestalteten Rechenvorgänge bzw. vielen Detailbetrachtungen wird es in diesem Bereich auch zu verstärkten Plausibilitätschecks der Aufsicht kommen. Das Personal des *Back Office* muß in Folge überproportional aufgestockt werden.

Der Verband versucht daher mit Vehemenz, die Aufsicht von einer Überfrachtung des Meldewesens abzubringen, und sie zu bewegen Änderungen nur dort vorzunehmen, wo sie durch Basel II vorgegeben werden. So sind insbesondere die Wesentlichkeitsgrenze für die konsolidierte Meldung und die Meldefrequenz zentrale Anliegen bei den Diskussionen, die im nächsten Jahr ihren Abschluß finden sollen.

Gerade die Arbeiten zu COREP haben gezeigt, daß eine Vereinheitlichung der Meldungen von Seiten der Aufsichten in Europa für die Zukunft angedacht wird. Der Verband begrüßt

diese Entwicklung, da einerseits vergleichbares statistisches Material generiert wird, und andererseits einheitliche Standards für alle Mitgliedstaaten gesetzt werden. Selbstverständlich soll Raum für nationale Besonderheiten gelassen werden, jedoch nur dort, wo es sinnvollerweise keine andere Art der Erfassung auf übergeordneter Ebene geben kann.

## 1.8. Zahlungsbilanzstatistik Neu

Bereits im Sommer 2003 wurde in der OeNB ein Projekt zur Neugestaltung der Zahlungsbilanzstatistik vorgestellt, dessen Umsetzungsarbeiten im Berichtsjahr vollzogen wurden. Mehrere Arbeitsgruppen für folgende Themen

- Dienstleistungen, wie etwa Finanzdienstleistungen, Transfers, Ver- und Rücksendung von Euro-Noten
- Direktinvestitionen
- Portfolioinvestitionen, wie Wertpapierdepotmeldungen oder –leihegeschäfte
- Sonstige Investitionen und
- Derivate

wurden eingesetzt. Die Vertreter der Kreditwirtschaft und der OeNB arbeiteten detaillierte Vorschläge aus.

Wichtigste Neuerung war dabei die Umstellung der Erfassung von Daten durch Direkterhebung der Melder und nicht mehr über die Banken, was als Erleichterung für diese gewertet werden kann. Zur Vorbereitung des Systemübergangs konnte eine Verschiebung des ursprünglichen Einsatztermins von 2005 auf 1.1.2006 erwirkt werden.

## 1.9. Umsetzung der Versicherungsvermittlungs-Richtlinie im Bereich der österreichischen Kreditwirtschaft

Da der Anwendungsbereich der gegenständlichen EU-Richtlinie auch die Versicherungsvermittlung durch Kreditinstitute umfaßt, erfolgten intensive Diskussionen mit dem federführenden Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. Es sei bei der nationalen Umsetzung insbesondere auf eine sinnvolle Einbettung in die komplexen Organisations- und Aufsichtsregelungen eines Kreditinstituts zu achten. Ziel der EU-Richtlinie ist es, die Vorschriften für die Versicherungsvermittlung europaweit zu harmonisieren und so den grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr zu fördern. Gleichzeitig sollen die Voraussetzungen für die Ausübung der Versicherungsvermittlung klar geregelt und das Informations- bzw. Schutzniveau des Konsumenten erhöht werden. Es konnte erreicht werden, daß die wesentlichen Umsetzungsbestimmungen für die österreichische Kreditwirtschaft im Rahmen einer Bankwesengesetz-Novelle erfolgt sind. Die Berechtigung zur Vermittlung von Versicherungen war seit langem schon Bestandteil der Bankkonzession und unterlag den bankaufsichtlichen Regelungen. Es war daher konsequent, den Bestandsschutz für bestehende Berechtigungen im Rahmen einer Übergangsbestimmung in das BWG aufzunehmen und die Beaufsichtigung für die Einhaltung der Bestimmungen aus der Versicherungsvermittlungs-Richtlinie bei der FMA anzusiedeln. Das Register über die versicherungsvermittelnden Banken wird von der FMA geführt. Betriebswirtschaftlich bedeutsam war die Klarstellung, daß ein Versicherungsagent auch Produkte mehrerer Versicherungen vermitteln kann.

## 1.10. Gesellschaftsrechtsänderungsgesetz / Einzelversicherungspflicht

Der Nationalrat hat im Jänner 2004 den Bundesminister für Justiz mit einem einstimmig angenommenen Entschließungsantrag ersucht, zur Stärkung des Vertrauens in die österreichische Wirtschaft Maßnahmen zur weiteren Verbesserung der Corporate Governance, zur Verbesserung der Qualität der Abschlußprüfung, zur Bekämpfung des Insiderhandels und zur Sicherung der Verlässlichkeit von Finanzinformationen einen entsprechenden Gesetzesentwurf auszuarbeiten.

Der vorgelegte Entwurf enthielt jedoch einige nicht akzeptable Bestimmungen, die zu einer Gefährdung des österreichischen Wirtschaftsstandortes und des Kapitalmarktes geführt hätten. So wurde vorgeschlagen, Vorstände im Zusammenhang mit Finanzinformationen einer direkten zivilrechtlichen Haftung zu unterwerfen. Eine derartige Haftungsregelung wäre einzigartig in Europa gewesen und hätte zu einer massiven Rechtsunsicherheit bei den Emittenten geführt.

Der Hypo-Verband hat die Bemühungen der WKÖ und der Industriellenvereinigung unterstützt, die Einführung eines derartigen Haftungssystems zu verhindern.

Der Gesetzesentwurf sieht strenge Höchstgrenzen für die Anzahl von Aufsichtsratsmandaten vor. Die Höchstgrenze beträgt zehn Aufsichtsratsmandate, wobei die Tätigkeit als Vorsitzender eines Aufsichtsrates oder als Aufsichtsratsmitglied einer börsennotierten Aktiengesellschaft doppelt angerechnet wird. Ein Aufsichtsratsvorsitz in einer börsennotierten Aktiengesellschaft wird dreifach auf die Höchstzahl angerechnet.

Auch hier hat der Hypo-Verband die Auffassung vertreten, daß eine weitere Beschränkung der Höchstzahl für Aufsichtsratsmandate bei nicht börsennotierten Gesellschaften nicht zu rechtfertigen ist. In diesem Bereich sollten grundsätzlich die Aktionäre und Gesellschafter die Mitglieder des Aufsichtsrates frei bestimmen können. Bei den Aufsichtsratsmandaten, die sich aus der Beteiligungsverwaltung ergeben, laufen noch Bemühungen, eine Sonderregelung für den Fall zu erreichen, daß eine direkte oder indirekte Beteiligung von zumindest 10% besteht.

Sehr erfreulich ist jedoch, daß im gegenständlichen Gesetzesentwurf auch eine BWG-Novelle enthalten ist, in der einer wichtigen Forderung des Hypo-Verbandes Rechnung getragen wird. Die Einzelversicherungspflicht von Bankprüfungen, die zu einer horrenden Kostenbelastung bei jenen Banken geführt hat, welche über keinen Revisionsverband verfügen, wurde für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2005 beginnen, fallen gelassen. In den Erläuternden Bemerkungen befinden sich als Begründung jene Argumente, die der Hypo-Verband in den vergangenen Jahren gegen die Einzelversicherungspflicht vorgebracht hat.



## 2. STEUERRECHT

### 2.1. EU-Zinsenrichtlinie

Die EU-Zinsenrichtlinie soll die Besteuerung von Zinserträgen, die von einer in einem Mitgliedstaat niedergelassenen Zahlstelle an eine natürliche Person, die in einem anderen Mitgliedstaat ansässig ist, geleistet werden, sicherstellen. Die Richtlinie sieht vor, daß die Mitgliedstaaten ab Inkrafttreten bestimmte Informationen über den Empfänger der Zinszahlung sowie über die Zinszahlung selbst an den Wohnsitzstaat übermitteln.

Österreich, Belgien und Luxemburg haben sich ausbedungen, nicht am Informationsaustausch teilzunehmen, sondern eine Quellensteuer, die in den ersten drei Jahren 15%, in den folgenden drei Jahren 20% und danach 35% beträgt, anonymisiert einzuheben und zu 75% an den Sitzstaat des Anlegers abzuführen. Voraussetzung für das Inkrafttreten per 1. Jänner 2005 war, daß die Drittstaaten Schweiz, Liechtenstein, Andorra, Monaco, San Marino sowie die abhängigen und assoziierten Gebiete ein inhaltlich identes Quellensteuer-Abkommen ratifiziert haben. Der EU-Ministerrat hat am 19. Juli 2004 die Verschiebung des Zeitpunktes der Anwendung der Richtlinie auf den 1. Juli 2005 beschlossen, weil die Schweiz die termingerechte Umsetzung ihrer Verpflichtungen nicht zusichern konnte. Nach derzeitigem Wissensstand ist davon auszugehen, daß die Zinsbesteuerung planmäßig mit 1. Juli 2005 in Kraft treten wird, weil auch San Marino und Liechtenstein bis zu diesem Zeitpunkt das Abkommen ratifiziert haben werden.

Der Hypo-Verband hat die Position vertreten, daß die Richtlinie nur zeitgleich mit der Ratifizierung von Schweiz und Liechtenstein in Kraft treten darf.

### 2.2. IAS / IFRS

Die Europäische Kommission hat mit der Verordnung 1606/2002 zur Anwendung internationaler Rechnungslegungsgrundsätze festgesetzt, daß am geregelten Kapitalmarkt zugelassene europäische Unternehmungen ab 1. Jänner 2005 in ihrem Konzernabschluß die

IAS/IFRS anwenden müssen. Diese EU-Verordnung ist als Grundlagenentscheidung konzipiert. Die verbindliche Übernahme der einzelnen vom International Accounting Standards Board (IASB) herausgegebenen Standards in europäisches Recht hat im Rahmen eines gesonderten Komitologieverfahrens zu erfolgen, für das die Regeln des EU-Ratsbeschlusses vom 28. Juni 1999 (1999/468/EG) gelten. Der wichtigste Standard IAS 39 „Finanzinstrumente: Ansatz und Bewertung“ wurde unter Ausklammerung bestimmter Vorschriften über die Anwendung der uneingeschränkten „Fair Value“-Option und die Bilanzierung von Sicherungsgeschäften („Hedge Accounting“) durch Verordnung verabschiedet. Die Kommission geht davon aus, daß die erste Ausnahme, die Fair Value-Option, bis April 2005 geklärt wird und die zweite Ausnahme, Bilanzierung von Sicherungsgeschäften, bis Ende 2005 gelöst werden kann.

Die langwierigen Diskussionen zum IAS 39 haben aber ein grundsätzliches Problem deutlich gemacht. Die Europäische Kommission hat die Fortentwicklung der Rechnungslegung de facto in die Hände des IASB gelegt. Dieses private Gremium setzt sich aus 14 Mitgliedern zusammen, von denen nur 6 aus Europa stammen, was zu einer Dominanz der anglo-amerikanischen Seite bei der Fortentwicklung der Rechnungslegungsstandards führt. Der EU-Binnenmarkt-Kommissär McCreevy verlangt daher eine stärkere europäische Präsenz im IASB. Zudem soll das Gremium europäische Prioritäten stärker berücksichtigen. Die Grundlagen der Verantwortlichkeit und der Finanzierung des Gremiums sollen rechtlich geregelt werden, sodaß sich das IASB nicht jeder politischen Kontrolle entziehen kann.

## 3. ZAHLUNGSVERKEHR

### 3.1. Zahlungsverkehr – Das „New Legal Framework“ der EU

Bereits im Jahr 2001 gab es ein massives Eingreifen der Kommission im Zahlungsverkehr. Damals wurde eine Verordnung erlassen, die im Wesentlichen eine Gebührengleichheit zwischen nationalen und EU-Binnenzahlungen vorsah.

Nunmehr liegt ein noch weitreichenderes Dokument vor, das eine einheitliche Rahmengesetzgebung für den europäischen Zahlungsverkehr plant. Strengere Bestimmungen sollen vor allem den Verbraucherschutz in diesem Bereich stärken. Die Kreditwirtschaft bezweifelt allerdings die Zielgenauigkeit dieses Vorhabens und sieht in vielen Details Belastungen sowohl für die Branche, als auch für den Konsumenten selbst.

So soll etwa der Anbieter von Zahlungsdienstleistungen für Transaktionen haften, die ohne Genehmigung des Begünstigten ausgeführt wurden. Nur bei grober Fahrlässigkeit und Betrug soll diese Haftung ausgeschlossen werden. Selbst im Falle von Diebstahl und Verlust und unter Mißachtung von Sorgfaltspflichten wie sichere Verwahrung oder Geheimhaltung des Zugangscodes hätte der geschädigte Karteninhaber keinen höheren Schaden als Euro 150,- zu tragen. Diese Bestimmung, die Nachlässigkeit schützt, geht folglich zu Lasten aller Kunden, die mit dem Zahlungsinstrument Karte ordnungsgemäß verfahren.

Während hier solche Regelungen als äußerst problematisch und einengend gesehen werden, läßt das Dokument in anderen Bereichen dem nationalen Gesetzgeber zu großen Spielraum. Damit wird das Ziel eines einheitlichen Zahlungsraumes konterkariert.

Ebenso sind die im Papier vorgesehenen Informationspflichten (*prior information*) als überschießend zu betrachten. Für den Kunden wäre eine klare und leicht verständliche Form zielführend, eine Überfrachtung von schwer verständlichen Detailregelungen führt im Gegenteil zu Verwirrung.

Weitere mögliche Beschränkungen finden sich auch im technischen Bereich. Hier wurden Regelungen vorgestellt, durch die das etablierte österreichische *Direct Debit* Verfahren unmöglich gemacht werden könnte. Dabei wird im EPC, dem *European Payment Council*, gerade an einem Europäischen Lastschriftverfahren gearbeitet, das jedoch nationale Standards unberührt lassen würde.

Der Verband begrüßt die grundsätzliche Idee, einheitliche Standards im Zahlungsverkehr zu schaffen. Dort, wo nationale Lösungen zielführender sind, sollen diese zumindest neben Zentrallösungen auch Platz greifen dürfen. Die Kritik an diesem Papier richtet sich daneben an die exzessiven Forderungen der Konsumentenschützer, die in diesem Ausmaß einer Entmündigung des Bürgers gleichkommen. Gemeinsam mit der STUZZA, einer Koordinationsplattform der Kreditwirtschaft im Zahlungsverkehr, wird versucht, neben frühzeitiger Informationsverbreitung auch geeigneten Einfluß auf europäischer Ebene zu nehmen.

## 3.2. Nationales Clearinghaus

Unter dem Kurzwort „NACH“, *national automated clearing house*, wurde eine für den österreichischen Zahlungsverkehr völlige Neuerung vorgestellt. Österreich war bisher eines der wenigen Länder, die im Clearing ohne eigene zentrale Stelle auskam und daher nur über Korrespondenzbanken den Zahlungsverkehr abwickelte. Versuche im Vorfeld zur Bündelung solcher Aktivitäten gab es davor bereits mit der gemeinsamen Zahlungsverkehrsgesellschaft von BA-CA, Erste Bank und BAWAG/PSK, wenn auch in viel eingeschränkterem Umfang.

Mit der Vorgabe von SEPA, *single euro payment area*, und den Bestimmungen des zuvor erwähnten *new legal framework*, war der Zeitpunkt gekommen, um eine Neuausrichtung anzudenken. Damit der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr ebenso effizient funktionieren kann wie der nationale, und das zu vertretbaren Kosten, sind zentrale Systeme zur Abwicklung eine Grundvoraussetzung.

Unter der Leitung der OeNB fanden in Folge mit sämtlichen für den Zahlungsverkehr systemrelevanten Banken Gespräche statt, die die Schaffung eines nationalen Clearinghauses zum Ziel hatten. Letztendlich konnte aber keine Einigung erzielt werden. Experten sehen im Scheitern der Verhandlung einen empfindlichen Rückschlag für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des EU-Binnenzahlungsverkehrs.

Dennoch wurde mit dem STEP2-Service der OeNB eine neutrale Plattform für diese Infrastruktur geschaffen. Sie konnte als zentraler Knotenpunkt allen teilnehmenden österreichischen Kreditinstituten einen gleichberechtigten Systemzugang zu EBA STEP2 zur Verfügung stellen. Die OeNB fungiert dabei als Abwickler sowohl auf der Incoming- (Aufträge von STEP2) als auch auf der Outgoing-Seite (Aufträge nach STEP2).

### 3.3. Digitale Signatur

2004 war das Jahr, in dem die Vorbereitungen zu einem ehrgeizigen Gemeinschaftsprojekt der *banking community* für das folgende Geschäftsjahr laufen sollten: Die digitale Signatur auf der Bankomatkarte.

Über fünf Jahre lang wurden dazu Investitionen an den gemeinsamen Zertifizierungsanbieter A-Trust, Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr GmbH, geleistet. Nahezu alle großen Geschäftsbanken mit Ausnahme der Erste Bank und der Sparkassengruppe haben damit den wichtigsten Beitrag zur Förderung und Entwicklung dieser technischen Infrastruktur erbracht.

Die digitale Signatur reicht in ihren Anwendungen weit über Bankapplikationen hinaus. Mit dem Anbringen des aktivierungsfähigen Chips auf der Bankomatkarte wurde eine weite Verbreitung sichergestellt. Der Inhaber der Karte kann nach erfolgter Registrierung die digitale Signatur für eine Reihe von online-Geschäften und –Verträgen verwenden. Seine elektronische Unterschrift erlangt damit dieselbe rechtliche Wirkung wie die Unterschrift von Hand auf einem Papierdokument.

Durch den hohen Verschlüsselungsgrad ist eine Fälschung der Signatur nahezu unmöglich. Mit der ständigen technischen Weiterentwicklung wächst dieser auch kontinuierlich. Der Anwendungsbereich, sei es elektronische Rechnungslegung, e-government wie FINANZOnline oder eine simple Überweisung, erweitert sich dabei ständig.

Die Hypo-Banken-Holding GmbH hat als gemeinsames Beteiligungsunternehmen des Sektors dieses zukunftsweisende Projekt mit hohen, finanziellen Zuwendungen an die A-Trust mitgetragen. Ab Februar 2005 ist die digitale Signatur auf den Bankomatkarten aller Institute nach erfolgter Registrierung verfügbar.

## 3.4. EPS

Der eps e-payment standard ist die Schnittstelle für Online-Zahlungssysteme der österreichischen Banken für unwiderrufliche Online-Überweisungen, welche in Internet-Shops und Web-Anwendungen der öffentlichen Verwaltung eingebunden werden kann.

Eps e-payment setzt auf dem jeweiligen online banking der Banken auf – damit kann jeder Kunde, der im Internet bezahlen möchte, direkt in sein eigenes internet banking einsteigen und von seinem Konto die Transaktion durchführen.

Die meisten Hypo-Banken werden eps schon 2005 in Verwendung haben. Dabei setzen sie gleich die verbesserte eps 2-Version ein. Diese unterscheidet sich zur ersten Version in folgenden Punkten:

- Integration internationaler Standards und Anforderungen: IBAN + BIC als Kriterien für eine EU-Standardüberweisung
- Kompatibilität zu bestehenden und künftigen Systemen und Anforderungen (EDIFACT, SWIFT, etc.)
- Unterstützung Straight Through Processing (e2eSTP) – Händlerreferenzen werden im Zuge des Zahlungsverkehrs zur internen Weiterverarbeitung an Händler retourniert

- Nutzung von PKI Infrastruktur zur Erhöhung der Sicherheit, z.B. signierte Zahlungsbestätigung

Die Sicherheitsanforderungen konnten unter eps2 weiter verbessert werden. Einerseits kann sich ein Händler zukünftig entweder mit einem MD5 Fingerprint oder mit einem Zertifikat authentifizieren. Andererseits kann ein Zahlungsauftrag/die Zahlungsbestätigung digital signiert werden. Die Banken unterschreiben die Zahlungsbestätigung der erfolgten Überweisung mit einem Signaturserver Zertifikat - a.sign corporate light - der A-Trust, Österreichs akkreditierter Zertifizierungsstelle und bereits an anderer Stelle unter Digitale Signatur erwähnt.

Somit erfüllt die Signatur des Ausstellers hier zwei wichtige Aufgaben: die Authentizität der Daten, sowie die verifizierbare Identifizierung des Ausstellers. Dies ist vor allem bei Anwendern jener Prozesse von Vorteil, die nicht auf den Eingang der Zahlung warten, sondern unmittelbar tätig werden wollen.

## 4. KOLLEKTIVVERTRAG

Die Schemabezüge für die dem Kollektivvertrag der Landes-Hypothekenbanken unterliegenden Mitarbeiter wurden per 1.2.2004 um 1,95% erhöht.

Der Kollektivvertragsabschluß 2005 brachte ab 1.2.2005 eine Erhöhung der Schemabezüge um 2,3% + 4,50 Euro, was einer durchschnittlichen Erhöhung der Schemabezüge um 2,51% entspricht.

Für die noch dem Gehaltsschema der öffentlichen Bediensteten unterliegenden Mitarbeiter erhöhten sich die Bezüge ab 1.1.2004 um 1,85% und ab 1.1.2005 um 2,3%.

Bei den Gesprächen mit der Gewerkschaft über eine Reform des Entgeltschemas wurden von der Gewerkschaft Vorschläge präsentiert. Die Gespräche sollen im Laufe des Jahres 2005 fortgesetzt werden, wobei die Vorstellungen der Arbeitgeberseite präzisiert werden sollen.

Per 31.12.2004 waren 3.675 Mitarbeiter (ohne Teilzeitbeschäftigte) im Hypo-Sektor beschäftigt.

## 5. VERBRAUCHERANGELEGENHEITEN / OMBUDSMANN

Neben der gemeinsamen Schlichtungsstelle der österreichischen Kreditwirtschaft hat die sektorale Ombudseinrichtung vorrangig die Aufgabe, die im eigenen Sektor aufgetretenen Probleme in der Beziehung Bank/Kunde außergerichtlich zu bereinigen (siehe dazu auch unsere Homepage unter [www.hypoverband.at](http://www.hypoverband.at), Unterpunkt Ombudsmann). Die gemeinsame Schlichtungsstelle ist Mitglied des FIN-NET, das im Berichtsjahr als Schwerpunkt die Integration der Ombudsstellen der neuen EU-Mitgliedstaaten zu bewerkstelligen hatte.

Die Schlichtungsstelle hatte neben ihrer originären Aufgabe vor allem eine Vielzahl von Anfragen zu bewältigen, die als Teil ihrer Arbeit zur Vermeidung von Gerichtsverfahren zu verstehen sind. Als Schiedsstelle ist sie dabei unabhängig, weisungsfrei und neutral mit bindendem Schlichtungsspruch ausgestaltet. Insbesondere im Bereich des Zahlungsverkehrs und elektronischer Dienstleistungen wurde sie mit Problemen und Fragen befaßt.

Die gemeinsame Schlichtungsstelle existiert seit Jänner 2003 und hatte sich in diesem Jahr mit 19 Verfahren zu beschäftigen. Zum selben Zeitpunkt wurde die sektoreigene Schlichtungsstelle gegründet, die heuer fünf Fälle zu beurteilen hatte. Wie auch im Jahr davor konnten fast alle Verfahren für beide Seiten zufriedenstellend gelöst werden. Die Ombudseinrichtungen stellen daher im Sinne einer kundenfreundlichen und unbürokratischen Lösung eine sinnvolle Ergänzung zur ordentlichen Gerichtsbarkeit dar.



## 6. EUROPÄISCHE UNION

### 6.1. Aktionsplan Finanzdienstleistung (FSAP / Lamfalussy-Verfahren)

Im Jahr 1999 hat die Europäische Kommission den Aktionsplan Finanzdienstleistungen aufgelegt, um die Voraussetzungen für einen harmonisierten Binnenmarkt für Finanzdienstleistungen zu schaffen. Bis 2005 sollten zu diesem Zweck 42 EU-Richtlinienvorschläge verabschiedet werden. Dieses Vorhaben steht mittlerweile vor dem Abschluß. Angesichts des Auslaufens des FSAP wurden umfangreiche Diskussionen geführt, wie sich die Finanzmarktintegration in Hinkunft gestalten sollte. Seitens der Kommission wurden vier Expertengruppen eingerichtet, welche den Stand der Integration in den Bereichen Banken, Versicherungen, Wertpapiere und Vermögensverwaltungen evaluieren sollten. In einer Kommissionskonferenz im Juni 2004 kam man überein, daß eine zügige Implementierung und konsequente Anwendung der EU-weit beschlossenen Rechtsvorschriften in den Mitgliedstaaten wichtiger ist als die Schaffung einer Vielzahl neuer Regulative im Rahmen eines FSAP II.

Der Hypo-Verband hat die Bemühungen der Bundessparte Bank + Versicherung unterstützt, daß Regulierungen nur mehr dort zu schaffen sind, wo es unbedingt erforderlich ist. Generell sollte verstärktes Augenmerk auf die Kosten-Nutzen-Relation gelegt werden, wobei insbesondere den Umsetzungskosten eine besondere Bedeutung beizumessen ist.

### 6.2. Ausweitung des Lamfalussy-Verfahrens auf den Bank- und Versicherungsbereich

Die Richtlinie zur Schaffung der Lamfalussy-Struktur auch im Bank- und Versicherungsbereich wurde nach mehrmonatiger Diskussion zwischen Kommission, Rat und Parlament beschlossen und formell im Dezember 2004 angenommen. Das Lamfalussy-Verfahren sieht vor, daß die EU-Organe unter Federführung der Kommission die politische Rahmenrechtssetzung (1. Stufe) vornehmen. Die Ausarbeitung der technischen und detaillierten Durchführungsbestimmungen wird von der Kommission mit der Unterstützung von vier

Fachausschüssen vorgenommen (2. Stufe). Dabei handelt es sich um den Europäischen Bankenausschuß (EBC), den Europäischen Wertpapierausschuß (ESC), den Europäischen Ausschuß für Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (EIOPC) und den Finanzkonglomerateausschuß (EFCC) für Fragen der Beaufsichtigung sektorübergreifender Konzerne. Diese Ausschüsse setzen sich aus hochrangigen Vertretern der nationalen Finanzministerien unter Federführung der Kommission zusammen.

Bei der Entwicklung der Durchführungsbestimmungen wird die Kommission von Expertenausschüssen auf der 3. Stufe des Lamfalussy-Verfahrens beraten. Diese bestehen aus dem Ausschuß der europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS), dem Ausschuß der Europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (CESR) sowie dem Ausschuß der Europäischen Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersvorsorge (CEIOPS). Diese Ausschüsse setzen sich aus hochrangigen Vertretern der nationalen Aufsichtsbehörden zusammen, zusätzlich gehören dem Ausschuß auch Vertreter der nationalen Notenbanken an. Auf dieser Ebene sollen der aufsichtsrechtliche Informationsaustausch, die konsistente Umsetzung der europäischen Rechtsakte und die Angleichung der aufsichtsrechtlichen Praxis sichergestellt werden.

Auf der 4. Stufe achtet die Kommission auf eine einheitliche Anwendung des Gemeinschaftsrechts.

Die bisher gemachten Erfahrungen mit der Lamfalussy-Struktur und die für das Jahr 2005 vorgelegten Arbeitsprogramme der einzelnen Komitees haben gezeigt, daß die Dichte der Themen, die an die Marktteilnehmer zur Stellungnahme herangetragen werden sowie die enge zeitliche Abfolge der einzelnen Konsultationen, eine angemessene Begutachtung kaum mehr zulassen. Auch hier ist zu fordern, daß Kosten-Nutzen-Überlegungen verstärkt Platz greifen müssen.

## 6.3. Basel II / Brüssel II

Nachdem der Basler Ausschuß für Bankenaufsicht im Juni 2004 den Eigenmittelakkord beschlossen hat, haben unter der niederländischen EU-Ratspräsidentschaft die Arbeitsgruppen ein hohes Tempo vorgelegt. Der Richtlinien-Vorschlag wurde in den Ratsarbeitsgruppen abschließend behandelt und beim ECOFIN am 7.12.2004 konnte eine politische Einigung erzielt werden. Es ist vorgesehen, daß der parlamentarische Berichtsteller im April 2005 einen Bericht vorlegen wird, dessen parlamentarische Behandlung im Europa-Parlament im ersten Halbjahr 2005 abgeschlossen werden sollte.

Der Hypo-Verband unterstützt die Bundeskreditsparte bei ihren Bemühungen, für die Struktur der österreichischen Kreditwirtschaft möglichst optimale Verhandlungsergebnisse zu erzielen. Insbesondere muß die hohe Komplexität des EU-Eigenmittelkonzeptes weiter reduziert werden, um dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit folgend auch bei kleineren und mittleren Kreditinstituten den organisatorischen und kostenmäßigen Aufwand in Grenzen zu halten. Besonderes Augenmerk wird seitens des Hypo-Verbandes auf die Bestimmungen im Immobilien- und Hypothekarfinanzierungsbereich gelegt. Nach dem vorliegenden Richtlinienentwurf ist vorgesehen, daß bei Krediten, die durch Immobilien besichert sind und 3 Mio. Euro oder 5% des haftenden Eigenkapitals überschreiten, unabhängig von der Entwicklung der Marktpreise mindestens alle drei Jahre eine Neubewertung vorzunehmen ist. Dies geht über die Basler Bestimmungen hinaus und wird von uns entschieden abgelehnt. Gleichzeitig halten wir das Erfordernis, den Wert von Wohnimmobilien auch im Standardansatz regelmäßig, - mindestens jedoch jährlich -, zu überwachen, für entschieden zu weitgehend. Weiters unterstützen wir im Interesse unserer Mitgliedsinstitute, daß der Partial Use möglichst breit zugelassen wird, daß die Floor-Berechnung vereinfacht wird und die Ausfallsdefinition europaweit einheitlich definiert wird. Nach wie vor überschießend sind die Veröffentlichungspflichten der Säule III, die für Kreditinstitute österreichischer Größenordnung jedenfalls zu reduzieren sind.

## 6.4. Verbrauchercredit-Richtlinie

Zu dem bereits seit Herbst 2002 vorliegenden Vorschlag der Kommission zur Überarbeitung der Verbrauchercredit-Richtlinie wurde vom Europäischen Parlament am 20.4.2004 ein Bericht verabschiedet, in dem umfangreiche Verbesserungen des Richtlinienvorschlages gefordert wurden. Bei der darauffolgenden Überarbeitung des Richtlinienvorschlages erklärte die Europäische Kommission, am Ziel der Maximalharmonisierung sowie an weiteren von der Kreditwirtschaft kritisierten Vorschlägen grundsätzlich festzuhalten.

Am 29.10.2004 legte die Kommission einen geänderten Richtlinienvorschlag vor, der die Änderungsvorschläge des EU-Parlaments nur teilweise berücksichtigt. Die zwischenzeitige Diskussion führte zu einer weiteren Überarbeitung des Richtlinienvorschlages, sodaß nach Abstimmung zwischen den Generaldirektionen Verbraucher und Binnenmarkt die Vorlage einer überarbeiteten Version frühestens für Mai 2005 zu erwarten ist. Der neue Vorschlag wird voraussichtlich hypothekarisch besicherte Kredite aus dem Geltungsbereich der Richtlinie ausnehmen.

## 6.5. Forum-Gruppe Hypothekarkredit

Die von der Europäischen Kommission eingesetzte „Forum-Gruppe Hypothekarkredit“ hat im Dezember 2004 einen Bericht über die Hindernisse, die der Schaffung eines europäischen integrierten Marktes für Wohnbaukredite entgegenstehen, veröffentlicht. Der Bericht beinhaltet 48 Empfehlungen, die nach Ansicht der Kommission zu einer verbesserten Integration der Märkte führen sollen.

Von österreichischer Seite wurde dazu darauf hingewiesen, daß es sich bei Hypothekarkreditmärkten naturgemäß um lokale Märkte handelt und weitere Maßnahmen der Kommission in diesem Bereich einer strengen Überprüfung nach Kosten-/Nutzenaspekten unterzogen werden sollten. Seitens der Kreditinstitute wurden insbesondere Empfehlungen der Forum-Gruppe, die auf eine Produktharmonisierung hinauslaufen würden, abgelehnt. Hingewiesen wurde auch auf die unterschiedlichen Finanzierungspraktiken in den Mit-

gliedstaaten, die das lokal geprägte Realkreditgeschäft mit sich bringt. Die Vorschläge der Kommission zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Refinanzierung werden begrüßt. Weiters wird die Beibehaltung des Verhaltenskodex Hypothekarkredit gefordert.

Die Kommission hat angekündigt, Ende Juli 2005 ein Grünbuch zur Konsultation vorzulegen. Weiters wurde von der Kommission eine Kosten-Nutzenanalyse in Auftrag gegeben. Erst nach Abschluß einer Konsultationsphase sollen frühestens Anfang 2006 konkrete Vorschläge von der Kommission sowie ein Zeitplan unterbreitet werden.

## 6.6. Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung

Die fortgeschrittenen Bemühungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusbekämpfung nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und 11. März 2004 haben dazu geführt, daß die EU-Kommission im Juni 2004 den Vorschlag für die 3. Geldwäsche-Richtlinie vorgelegt hat.

War mit der ersten Geldwäsche-Richtlinie der Fokus auf die Prävention von Finanzierungen von Drogengeschäften ausgerichtet, so wurden mit der zweiten Richtlinie nicht nur die Tatbestände, sondern auch der Kreis der Anwender (z.B. Notare, Rechtsanwälte) erheblich erweitert.

Mit der 3. Richtlinie ist die Terrorismusfinanzierung stärker in den Blickpunkt gerückt. Erhöhte Sorgfaltspflichten sollen gegenüber „*politically exposed persons*“ wie auch bei Korrespondenzbanken zur Anwendung kommen.

Obwohl die Notwendigkeit dieser Regelungen von der gesamten Kreditwirtschaft verstanden wird, müssen die darin vorgesehenen Maßnahmen angemessen und zielgerichtet sein. Daher werden von Verbandsseite besonders die Ausweitung des Straftatbestandes der Geldwäsche (Vortatenkatalog), die Pönalisierung der Bankmitarbeiter, die Definition des wirtschaftlichen Eigentümers sowie die Verschärfungen bei den Korrespondenzbankbeziehungen kritisiert und Erleichterungen angeregt.

Nach langjährigen Forderungen konnte von der Kommission zumindest erreicht werden, die EU-Sanktionslisten in elektronischer Form verfügbar zu machen, auch wenn die Kommission nicht wie zunächst zugesagt die Haftung für die Richtigkeit übernommen hat.

Um der besonderen Aufmerksamkeit dieser Thematik Rechnung zu tragen, wird der Verband zusammen mit den Geldwäschereibeauftragten der Hypos einen gemeinsamen Leitfaden zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung herausgeben. Die Zielsetzung liegt dabei gleichermaßen bei den organisatorischen wie ablauftechnischen Voraussetzungen.

## 6.7. EU-Transparenz-Richtlinie

Im Mai 2004 wurde die Richtlinie zur Harmonisierung der Transparenz-Anforderungen im Bezug auf Informationen über Emittenten, deren Wertpapiere zum Handel auf einen geregelten Markt zugelassen sind (Transparenz-Richtlinie), beschlossen. Ziel der Richtlinie ist es, den Anlegerschutz zu erhöhen, den europäischen Markt für Investoren attraktiver zu gestalten und die Wirksamkeit, Offenheit und Integrität der europäischen Kapitalmärkte zu stärken. Mit dieser Richtlinie werden börsennotierte Unternehmungen ab 2006 zu einer Reihe von Berichtsaufgaben verpflichtet. Alle Wertpapieremittenten müssen innerhalb von vier Monaten nach Ende des Geschäftsjahres Jahresberichte vorlegen. Aktienemittenten, die keine Quartalsberichte vorlegen, sind verpflichtet, künftig zwischen Halbjahres- und Jahresbericht ein sogenanntes „*interim management statement*“ zu veröffentlichen.

Der Hypo-Verband hat die Bundessparte bei ihren Bemühungen, den Umfang der Veröffentlichungspflichten einzuschränken, unterstützt. Als Erfolg ist zu werten, daß es gelungen ist, die Frist für die Veröffentlichung des Jahresfinanzberichtes von zwei auf vier Monate auszudehnen.

## II. WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG

### 1. WIRTSCHAFTSRAUM ÖSTERREICH

Die österreichische Wirtschaft zeigte 2004 nach drei Jahren der Schwäche deutliche Erholungstendenzen. Das Wirtschaftswachstum erreichte 2% und war damit doppelt so hoch wie in den vergangenen Jahren. Der Hauptimpuls ging von einer sehr lebhaften Auslandsnachfrage aus, welche den Warenexport um real 12% steigen ließ. Obwohl die Wechselkursituation gegenüber dem Dollar für heimische Exportunternehmen ungünstig war, florierte der Export in die USA. Die USA waren erstmals nach Deutschland und Italien der dritt wichtigste österreichische Exportmarkt.

Enttäuschend blieb die Konsumnachfrage der privaten Haushalte (+ 1,5%), gleichzeitig ließ die Beschleunigung des Preisauftriebs die Effektivemkommen stagnieren. Die Investitionsnachfrage erhöhte sich 2004 deutlich. Neben der Konjunkturbelebung war dafür insbesondere das Auslaufen der Investitionszuwachsprämie zum Jahresende maßgebend. Besonders groß war die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere im Fahrzeugbereich. Die Bauinvestitionen erhöhten sich nur leicht, wobei aber im Wohnbaubereich nach den Rückgängen in den Vorjahren eine Steigerung von 0,5% erzielt wurde.

Die stark gestiegenen Rohölpreise und das Anziehen der Wohnungsmieten führten bei der Inflationsrate zu einer Trendwende. Nach einem Preisanstieg von 1,3% im Jahr 2003 erhöhte sich der nationale Verbraucherpreisindex 2004 auf 2,1%. Beim harmonisierten Verbraucherpreisindex liegt Österreich mit 2% nur mehr knapp unter dem Durchschnitt des Euro-Raums von 2,1%.

Die konjunkturelle Belebung hat sich mit Verzögerung auch am Arbeitsmarkt niedergeschlagen. Die Beschäftigungsnachfrage hat angezogen und die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten erhöhte sich im Jahresdurchschnitt um 21.000 (+ 0,7%) gegenüber dem Jahr 2003. Die Ausweitung konzentrierte sich jedoch auf den konjunkturreaktiven Unternehmensbereich, sodaß zwar der Anstieg der Arbeitslosenquote gestoppt, aber kein

Rückgang verzeichnet werden konnte. Insgesamt betrug die Arbeitslosenquote 2004 nach nationaler Definition 7,1% bzw. nach EUROSTAT-Definition 4,5%.

Für das Jahr 2005 wird mit einem Wirtschaftswachstum von 2,1% gerechnet, wobei die Steuerreform der nachlassenden internationalen Konjunkturdynamik und der preisauflriebsbedingten Dämpfung der Konsumnachfrage entgegenwirkt.

## 1.1. Geschäftsentwicklung der österreichischen Kreditwirtschaft

Die österreichische Kreditwirtschaft konnte im Jahr 2004 die unkonsolidierte Bilanzsumme um 7,9% erhöhen. Das ist das höchste Bilanzsummenwachstum seit 1999. Es wurde das Vorjahreswachstum (+ 5,5%) deutlich übertroffen und die Wachstumsrate liegt wesentlich über dem Jahresschnitt der letzten zehn Jahre. Nach einem verhaltenen Kreditwachstum im Jahr 2003 zog die Kreditnachfrage 2004 mit + 5,1% an. Das Kreditwachstum wurde zwar hauptsächlich von Euro-Krediten getragen (+ 8,24 Mrd. Euro), jedoch erhöhte sich auch die Nachfrage nach Fremdwährungskrediten deutlich. Bei einem gesamten Kreditvolumen von rd. 251,6 Mrd. Euro beträgt der Fremdwährungsanteil 47,8 Mrd. Euro oder rd. 19%.

Neben der gestiegenen Kreditnachfrage war vor allem das Auslandsgeschäft maßgeblich für das starke Bilanzsummenwachstum. Ende 2004 beliefen sich die Auslandsforderungen auf rd. 200,5 Mrd. Euro, d.h. daß rd. 31% aller unkonsolidierten Aktiva im Ausland entstanden sind. Der Anteil der Auslandsverbindlichkeiten gemessen an der Gesamtbilanzsumme lag bei rd. 30%.

Die Einlagen wuchsen 2004 mit + 4,9% nur geringfügig stärker als im Jahr 2003. Der Zuwachs bei den Spareinlagen betrug 3,76 Mrd. Euro, wobei dieses Wachstum ohne Zinsgutschriften lediglich 1,4 Mrd. Euro betragen hätte. Das Volumen der Bauspareinlagen wuchs mit 4,4% deutlich stärker als die Spareinlagen und der Anteil am Gesamtbestand erhöhte sich auf rd. 13%. Auch die Eigenmittel konnten mit + 7,8% auf 47,81 Mrd. Euro deutlich gesteigert werden, wobei 32,1 Mrd. Euro der Eigenmittel auf das Kernkapital ent-



fallen sind. Die unkonsolidierte Eigenmittelausstattung in Prozent der Bemessungsgrundlage ging geringfügig von 14,8% auf 14,6% zurück.

Positiv entwickelte sich im Berichtsjahr auch die Ertragslage der österreichischen Kreditwirtschaft, so erhöhte sich das unkonsolidierte Betriebsergebnis um 7,7% auf rd. 4,74 Mrd. Euro. Besonders die Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen konnten signifikant gesteigert werden, weil insbesondere die Ausschüttungen von Tochterbanken in Osteuropa stark gestiegen sind. Der Nettozinsertrag liegt mit rd. 1% über dem Vergleichswert des Vorjahres, wobei sich der Total Spread aber von 1,27% auf 1,21% verringerte. Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft liegt mit +6,2% deutlich über dem Wert des Jahres 2003. Der erwartete Wertberichtigungsbedarf im Kreditbereich wird mit 8,1% deutlich unter dem Vorjahreswert bleiben. Insgesamt konnten die österreichischen Kreditinstitute das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit um 35,7% auf 3,57 Mrd. Euro steigern. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich um 1% auf 67,2%.

## 1.2. Geschäftsentwicklung des Sektors

Die Hypos haben sich im Jahr 2004 dynamisch entwickelt und schnitten in einigen Kennzahlen deutlich besser als die Gesamtbranche ab. So konnte die Bilanzsumme des Sektors um rd. 8,4 Mrd. Euro oder 18,4% auf 54,2 Milliarden Euro gesteigert werden und hat damit heuer die höchste Zuwachsrate der Kreditwirtschaft zu verzeichnen.

Auf der Aktivseite konnten die Direktkredite an inländische Nichtbanken um rd. 2 Mrd. Euro oder 8,8% auf rd. 24,6 Milliarden Euro ausgeweitet werden. Die österreichische Kreditwirtschaft insgesamt erzielte demgegenüber eine Steigerung von rd. 5%. Stark zugenommen haben auch die Fremdwährungskredite, die sich um rd. 561 Mio. Euro oder 12,4% auf rd. 5,1 Mrd. Euro erhöht haben. Die Fremdwährungskredite entfallen größtenteils auf den Schweizer Franken, wobei besonders die westlich gelegenen Hypo-Banken starke Engagements in dieser Währung aufweisen.

Die Auslandsaktiva konnten um rd. 4,8 Mrd. Euro auf rd. 19,3 Mrd. Euro oder 33,3% wie im Vorjahr überdurchschnittlich stark ausgeweitet werden. Dafür maßgebend ist insbeson-

dere die starke Expansion der Hypo Alpe-Adria-Gruppe im südosteuropäischen Raum. Die Auslandsaktiva konnten mehr als doppelt so stark ausgeweitet werden als dies dem Branchendurchschnitt mit rd. 15,1% entspricht. Auch auf der Passivseite konnte der Hypo-Sektor die Bilanzpositionen stärker steigern als die anderen Sektoren. Die Einlagen der inländischen Nichtbanken wurden um 666 Mio. Euro oder 8,2% auf rd. 8,8 Mrd. Euro gesteigert. Im Spareinlagenbereich betrug der Zuwachs 232 Mio. Euro oder 4,72% auf rd. 5,1 Mrd. Euro. Dieser erfreuliche Spareinlagenzuwachs liegt beträchtlich über dem Branchendurchschnitt von 2,84%. Auf Grund der bestehenden Emissionsprogramme der Hypos und der Pfandbriefstelle konnten die Emissionen, und hier wiederum besonders die Auslandsemissionen, um 5,7 Mrd. Euro oder 19,2% auf 35,4 Mrd. Euro ausgeweitet werden. Auch diese Zuwachsrate liegt deutlich über dem Branchenschnitt von 13,3%.

Dabei konnten die Ertragspositionen ebenfalls gesteigert werden. So erhöhte sich der Netozinsertrag um 7,86% und die Betriebserträge verbesserten sich um 6,39%. Das vorläufige EGT stieg um rd. 33,2 Mio. Euro oder 21,47% auf rd. 188 Mio. Euro.

Die Ausweitung der Geschäftstätigkeit war auch mit erheblichen Investitionen sowohl im Personal- als auch Sachbereich verbunden. Die Betriebsaufwendungen haben sich mit 7,84% dadurch stärker gesteigert als der Branchenschnitt. Diese Investitionen werden aber in Zukunft die Marktpräsenz des Sektors weiter stärken.

Die Cost-Income-Ratio liegt mit 58,5% erheblich unter dem Wert der österreichischen Kreditwirtschaft, der sich auf 67,2% beläuft.

Auch die Eigenmittel konnten verstärkt werden, in der Solvabilitätsrechnung wurde ein Zuwachs von 17,26% auf über 2,- Milliarden Euro verzeichnet. Der Eigenmittelkoeffizient betrug im Berichtsjahr 10,64%.

# HYPO-VERBAND 2004

## DIE KREDITWIRTSCHAFT IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2004	2003	Veränderung zum Vorjahr	in %
<b>AKTIVA</b>				
<b>Direktkredite inländischer Nichtbanken</b>	<b>251.568,04</b>	239.475,04	12.093,00	5,05%
hievon Fremdwährungskredite	<b>47.815,57</b>	43.955,72	3.859,85	8,78%
<b>Auslandsaktiva</b>	<b>200.451,76</b>	174.219,50	26.232,26	15,06%
<b>PASSIVA</b>				
<b>Einlagen inländischer Nichtbanken</b>	<b>210.828,45</b>	200.970,36	9.858,09	4,91%
hievon Spareinlagen	<b>135.957,06</b>	132.200,77	3.756,29	2,84%
<b>Eigene Emissionen (in- und ausländisch)</b>	<b>160.320,82</b>	141.467,18	18.853,64	13,33%
<b>BILANZSUMME</b>	<b>652.758,85</b>	605.107,34	47.651,51	7,87%
<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG</b>				
<b>Betriebsaufwendungen</b>	<b>9.728,66</b>	9.468,40	260,26	2,75%
hievon Personalaufwand	<b>4.859,52</b>	4.739,50	120,02	2,53%
<b>Nettozinsertrag</b>	<b>7.131,75</b>	7.058,08	73,67	1,04%
<b>Betriebserträge</b>	<b>14.471,08</b>	13.874,91	596,17	4,30%
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>4.742,43</b>	4.406,52	335,91	7,62%
<b>EGT</b>	<b>3.564,68*)</b>	2.686,50	878,18	32,69%
<b>EIGENMITTEL</b>				
<b>Solvabilität</b>	<b>25.632,09</b>	24.106,97	1.525,12	6,33%
<b>Eigenmittelkoeffizient</b>	<b>14,56%</b>	14,79%	0,00	-1,56%
<b>Cost/Income Ratio</b>	<b>67,23%</b>	68,24%	-0,01	-1,48%

\*) erwartet

# HYPO-VERBAND 2004

## DIE HYPOS IM ÜBERBLICK

	in Millionen Euro			
	2004	2003	Veränderung zum Vorjahr	in %
<b>AKTIVA</b>				
Direktkredite inländischer Nichtbanken	<b>24.603,83</b>	22.614,24	1.989,59	8,80%
hievon Fremdwährungskredite	<b>5.078,44</b>	4.517,57	560,87	12,42%
Auslandsaktiva	<b>19.317,11</b>	14.491,64	4.825,47	33,30%
<b>PASSIVA</b>				
Einlagen inländischer Nichtbanken	<b>8.807,74</b>	8.142,22	665,52	8,17%
hievon Spareinlagen	<b>5.141,30</b>	4.909,59	231,71	4,72%
Eigene Emissionen (in- und ausländisch)	<b>35.404,28</b>	29.693,62	5.710,66	19,23%
<b>BILANZSUMME</b>	<b>54.180,98</b>	45.749,84	8.431,14	18,43%
<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG</b>				
Betriebsaufwendungen	<b>430,41</b>	399,12	31,29	7,84%
hievon Personalaufwand	<b>237,26</b>	219,60	17,66	8,04%
Nettozinsertrag	<b>503,51</b>	466,83	36,68	7,86%
Betriebserträge	<b>735,74</b>	691,54	44,20	6,39%
Betriebsergebnis	<b>305,32</b>	292,42	12,90	4,41%
EGT	<b>187,96*)</b>	154,73	33,23	21,47%
*) erwartet				
<b>EIGENMITTEL</b>				
Solvabilität	<b>2.052,29</b>	1.750,24	302,05	17,26%
Eigenmittelkoeffizient	<b>10,64%</b>	10,55%	0,00	0,85%
Cost/Income Ratio	<b>58,50%</b>	57,71%	-0,01	1,36%

## 2. DIE HYPOS IM EIGENPORTRÄT 2004

Auf den nächsten Seiten haben wir unseren Mitgliedsinstituten die Möglichkeit gegeben, die wesentlichen Entwicklungen im Geschäftsjahr 2004 darzustellen. Es wurden hauptsächlich Konzerndaten verwendet.

### 2.1. HYPO ALPE-ADRIA-GRUPPE

Die Hypo-Alpe-Adria-Gruppe hat auch im Jahr 2004 Kontinuität bewiesen und einmal mehr ein sehr gutes Jahresergebnis erzielt. Alle relevanten Kennzahlen konnten um mehr als 25% gesteigert werden. Das dynamische Wachstum spiegelt sich insbesondere in der Entwicklung der Bilanzsumme wider, die sich gegenüber 2003 um 40% auf 17,8 Mrd. Euro erhöht hat, wobei sowohl die Primärmittel als auch das Kreditvolumen nahezu gleichermaßen um mehr als 36% gesteigert werden konnten. So erhöhte sich auf der Aktivseite das Kreditvolumen im Jahr 2004 von 9,4 Mrd. Euro auf 12,8 Mrd. Euro und auf der Passivseite stiegen die Primärmittel von 10,3 Mrd. Euro auf 14,1 Mrd. Euro.

Ebenso wie die Bilanzsumme konnte die Hypo Alpe-Adria-Gruppe auch ihre Eigenmittel von 826,8 Mio. Euro um 37% auf 1.134,9 Mio. steigern. Damit konnte die Hypo Alpe-Adria-Gruppe ihre Eigenmittelausstattung auch 2004 weiter steigern und liegt mit einer Eigenmittelquote von 9,9% über dem Durchschnitt vergleichbarer Banken in der Region. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wuchs die Mitarbeiteranzahl im Konzern auf insgesamt 4.343.

Wie schon in den vergangenen Jahren hat die Hypo Alpe-Adria-Gruppe auch ihre Ertragskraft weiter verstärkt und trotz gestiegener Kosten einen neuerlichen Höchststand sowohl beim Betriebsergebnis als auch beim EGT erzielt. Das Betriebsergebnis wurde um 28% auf 258,9 Mio. Euro gesteigert und das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit konnte in diesem Zeitraum sogar um 31% auf 171,6 Mio. Euro erhöht werden. Die Hypo Alpe-Adria-Gruppe ist in Österreich, Italien, Slowenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Liechtenstein und Süd-Deutschland mit mehr als 200 Standorten operativ tätig und erwirtschaftet 56% des Betriebsergebnisses im süd-osteuropäischen Raum.

# HYPO-VERBAND 2004

---

Die Cost-Income-Ratio der Gruppe beträgt trotz der starken Expansionsaktivitäten und den damit einhergehenden Kosten 55,4%. Die Investitionen in neue Standorte bzw. die Adaptierungen von Filialen in der Alpe-Adria-Region und der Bau von fünf Länder-Zentralen belaufen sich auf 162 Mio. Euro.

Die Hypo Alpe-Adria-Gruppe bewegt sich in einem Markt von mehr als 70 Millionen Menschen und hat derzeit rd. 750.000 Kunden. Bis 2008 soll das EGT auf mehr als 300 Mio. Euro wachsen und die Bilanzsumme auf 30 bis 35 Mio. Euro.

Das Jahr 2004 stand auch im Zeichen der Adaption der Organisationsstruktur. Die bisherige Muttergesellschaft Hypo Alpe-Adria-Bank AG wurde per 1. Juni 2004 in eine österreichische Hypo Alpe-Adria-Bank AG und eine internationale Hypo Alpe-Adria-Bank International AG aufgespalten. Damit verfügt die Hypo Alpe-Adria-Gruppe über klare Strukturen mit zentralen Steuerungseinheiten sowie lokalen Kompetenzzentren.

## 2.2. HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Die Bilanzsumme der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG erreichte zum 31.12.2004 rd. 11 Mrd. Euro, davon betragen die Primärmittel rd. 8,9 Mrd. Euro und das Kreditvolumen erreichte rd. 3,9 Mrd. Euro. Betriebserträge in der Höhe von 84,2 Mio. Euro standen Betriebsaufwendungen in der Höhe von 45,4 Mio. Euro gegenüber, damit erreichte das Betriebsergebnis im Berichtsjahr 38,6 Mio. Euro. Trotz gestiegener Kosten verfügt die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG über eine eindrucksvolle Ertragskraft, so belief sich das EGT auf 26,5 Mio. Euro, der Jahresüberschuß betrug 26,3 Mio. Euro und der Jahresgewinn 6,7 Mio. Euro. Der Unternehmenserfolg spiegelt sich auch in den Ertragskennzahlen wider, die auf hohem Niveau liegen. Die Cost-Income-Ratio betrug 54,1%, der Return on Equity lag bei 11,55% und der Return on Assets erreichte 0,29%.

Die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG rechnet auch 2005 mit einer dynamischen Entwicklung in allen Konzerngesellschaften mit den drei Geschäftsfeldern Bank, Leasing und Consulting sowie bei der Tochtergesellschaft Kärntner Holding Beteiligungs-AG.

Zwischen Herbst 2007 und Frühjahr 2008 plant die Hypo Alpe-Adria-Bank International AG den Börsengang. Mit einer Marktkapitalisierung von 1,8 Mrd. Euro soll die Bank eines der größten in Wien notierenden Unternehmen werden. Noch vor dem Börsengang wird eine 5%-ige Kapitalerhöhung begeben, die für die mehr als 4.000 Mitarbeiter vorgesehen ist. Bereits im Vorfeld zu diesem geplanten Börsengang wird 2005 eine dreijährige Wandelschuldverschreibung mit einem Volumen von 500 Mio. Euro aufgelegt. Diese Wandelschuldverschreibung wird von der HSBC gemanagt und bei privaten Großinvestoren platziert. Das Land Kärnten als derzeitiger Mehrheitsaktionär wird seinen Anteil im Rahmen des Börsengangs auf 25% plus 1 Aktie reduzieren. Der zweite Aktionär, die Grazer Wechselseitige Versicherung, wird nach dem Börsengang 40% bis 42% an der Bank halten. Der Streubesitz wird zunächst bei 30% liegen. Langfristig werden 40% bis 50% angepeilt.

## 2.3. HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Seit 12. Juni 2004 wird das Österreich-Geschäft der Hypo Alpe-Adria-Gruppe über eine eigene Tochtergesellschaft, die Hypo Alpe-Adria-Bank AG, abgewickelt. Die Bilanzsumme per 31.12.2004 beläuft sich auf 4,4 Mrd. Euro. Das Betriebsergebnis beträgt 32,3 Mio. Euro und das EGT 23,2 Mio. Euro. Die Primärmittel beliefen sich auf 4,1 Mrd. Euro und das Kreditvolumen erreichte 3,6 Mrd. Euro. Die Cost-Income-Ratio beträgt 63,72%. Die Eigenmittel beliefen sich zum Ultimo auf 214,3 Mio. Euro, das entspricht einer Eigenmittelquote von 13,82%. Die Bank beschäftigt 611 Mitarbeiter und verfügt über 22 Standorte.

Das Jahr 2004 war geprägt durch eine starke Ausweitung der Geschäftstätigkeit, so wurde in Salzburg eine Filiale für Corporate-Kunden eröffnet, die mittlerweile auch Retail-Kunden offen steht. Salzburg bildet zudem eine wichtige Basisstation für das Deutschland-Geschäft, das seit April letzten Jahres auch über eine Niederlassung in München abgewickelt wird. Die Hypo Alpe-Adria-Bank will ihre Präsenz in Deutschland weiter ausbauen, wobei die Umwandlung der EU-Filiale in eine eigene Tochterbank in Vorbereitung ist. Die Zielgruppe in Deutschland sind mittelständische Firmen und Privatkunden. Am Standort Wien konnten signifikante Ertragssteigerungen erzielt werden und im laufenden Geschäftsjahr wird eine Filiale in Linz ihren Betrieb aufnehmen. Gleichzeitig werden Standorte in Niederösterreich geprüft.

Auch am Kärntner Heimatmarkt werden weitere Geschäftsstellen in Betrieb genommen. Im September 2005 soll in Velden eine Filiale eröffnet werden und die derzeitige Container-Filiale am Gelände der Universität wird 2006 in einen endgültigen Universitätsstandort übersiedelt.

## 2.4. HYPO BURGENLAND

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2004 fand ein mit Mehrheitsbeschluß der Burgenländischen Landesregierung vom 16.12.2004 verabschiedetes Maßnahmenpaket Berücksichtigung. Dieses wurde in Zusammenarbeit der Bank Burgenland mit ihrem Haupteigentümer, dem Land Burgenland, erarbeitet, wodurch die erfolgreiche und nachhaltige Sanierung der Bank gesichert wurde. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um den Eintritt des Landes in seitens der Bank eingegangene Zinsswaps. Weiters wird die von der Bank an das Land zu zahlende Haftungsprovision entsprechend angepaßt. Ergänzt wird das Maßnahmenpaket durch die beabsichtigte Übernahme einer Beteiligungstochter der Bank aus dem Immobilienbereich. Unter Berücksichtigung der Auswirkungen dieses Maßnahmenpaketes, welches im Jahr 2004 für die Bank Burgenland Wirksamkeit erlangt hat, zeigt sich folgendes Bild der aktuellen Geschäftsentwicklung:

Im Geschäftsjahr 2004 wurde ein Bilanzsummenwachstum von 1,7% auf rd. 3.174 Mio. Euro erzielt. In der Position „Forderungen an Kunden“ konnte ein Zuwachs um 4,9% auf rd. 2.372 Mio. Euro erreicht werden. Der Gesamtbestand des Wertpapierportfolios betrug zum Jahresende rd. 539 Mio. Euro, der Vergleichsstand im Vorjahr lag bei rd. 573 Mio. Euro. Die Forderungen an Kreditinstitute sanken um 7,7% von 236,4 Mio. Euro auf 218,3 Mio. Euro, bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten war zum Jahresende eine verstärkte Inanspruchnahme der Linien um 19,6% auf 293,9 Mio. Euro zu verzeichnen.

Im Berichtszeitraum betrugen die verbrieften Verbindlichkeiten 1.624 Mio. Euro gegenüber 1.604 Mio. Euro im Vorjahr. Ein beträchtliches Volumen der Neuemissionen wurde wieder über die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken plaziert. Die



Spareinlagen verzeichneten einen Zuwachs von rd. 0,9% auf 373,6 Mio. Euro, im Vorjahr war noch ein geringer Abfall zu verzeichnen.

Die wesentliche Verbesserung der Betriebserträge von 32,2 Mio. Euro auf 43,7 Mio. Euro ist auf die Steigerung des Nettozinsertrages von 14,2 Mio. Euro auf 27,2 Mio. Euro aufgrund der seitens des Landes Burgenland gesetzten Maßnahmen zurückzuführen. Erfreulich ist eine erneute Erhöhung des Provisionsergebnisses von 6,2 Mio. Euro auf 7,2 Mio. Euro, wodurch erneut eine Belebung der Geschäftsbeziehungen bestätigt wird.

Die Reduktion der Betriebsaufwendungen von 27,8 Mio. Euro auf 26,7 Mio. Euro ist das Ergebnis der eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen. Das ausgewiesene Betriebsergebnis in Höhe von 17,1 Mio. Euro führt nach Berücksichtigung des negativen Bewertungsergebnisses von 13,1 Mio. Euro zu einem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von 4,0 Mio. Euro.

Die Bank Burgenland hat unter der Prämisse der weiteren Selbständigkeit die Basis für eine kontinuierliche Geschäftsentwicklung gelegt. Wesentliche Eckpfeiler dieser Basis bestehen aus dem traditionellen Firmenkundengeschäft, getragen von Klein- und Mittelbetrieben sowie dem mittlerweile reformierten Privatkundenbereich. Durch die Erweiterung des Beteiligungsbereiches um die Sopron Bank und Ausdehnung der Finanzdienstleistung auf den westungarischen Markt erfolgte eine Ergänzung der bisherigen Schwerpunkte auf diesem Gebiet. Die Sopron Bank hat im Jahr 2004 planmäßig die Standorte Győr und Szombathely in Betrieb genommen und wird 2005 die Standorte Keszthely und Veszprem eröffnen. Im Jahr 2005 soll der Break Even erreicht werden und mittelfristig wird eine verdichtete Marktpräsenz und der Aufbau von Marktanteilen in der Region angestrebt, wobei man sich insbesondere auf die regionalen Kleinstädte konzentrieren will.

Die Burgenländische Landesregierung hat am 9.2.2005 beschlossen, die Aktien des Landes Burgenland an der Bank Burgenland zunächst in eine im Alleineigentum des Landes Burgenland stehende Holding-Gesellschaft einzubringen und in weiterer Folge eine verschmelzende Umwandlung gemäß §§ 2 ff. Umwandlungsgesetz der Bank Burgenland auf diese Holding durchzuführen. Diese verschmelzende Umwandlung führt ex lege zu einer

Beendigung der Börsennotierung der Bank und zu einem Ausscheiden der Streubesitzaktiönäre aus der Bank Burgenland.

## 2.5. NÖ HYPO-BANK-KONZERN

Die Geschäftsentwicklung der NÖ HYPO-BANK war auch im Jahr 2004 wieder äußerst erfreulich. Nach 2003 konnte auch das Jahr 2004 wieder mit einem Rekordergebnis abgeschlossen werden. Im Vergleich zum Vorjahr konnte die Bilanzsumme um rund 7,8% auf über 5,4 Mrd. Euro gesteigert werden. Trotz des noch immer niedrigen Zinsniveaus weisen die Spareinlagen ein sehr erfreuliches Wachstum von 13,9% auf. Die Emissionstätigkeit wurde wie in den Vorjahren verstärkt. Die „Verbrieften Verbindlichkeiten“ betragen zum 31.12.2004 3,3 Mrd. Euro. Die „Forderungen an Kunden“ haben sich mit einem Zuwachs von 13,5% gegenüber dem Vorjahr ebenfalls zufriedenstellend entwickelt. Das Betriebsergebnis liegt mit rund 29,8 Mio. Euro um 17,8% über dem Vergleichswert des Vorjahres. Nach Bewertung der Wertpapiere und unter Berücksichtigung der Risikovorsorgen für Kredite beträgt das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT) 19,5 Mio. Euro und liegt damit um ca. 13% über dem Vorjahreswert. Die Eigenmittel des NÖ Hypo-Bank-Konzerns betragen rd. 263,4 Mio. Euro, das entspricht einer Eigenmittelquote von 15,7%.

In den strategischen Geschäftsfeldern „Öffentliche Hand“ und „Großwohnbau“ konnte trotz des starken Wettbewerbs ein Wachstum erreicht werden (Öffentliche Hand 11,4%, Großwohnbau 4,2%). Auf Basis des strategischen Geschäftsplanes, der die Erweiterung des Geschäftsfeldes „Öffentliche Hand“ in den an Niederösterreich angrenzenden neuen EU-Staaten Tschechien, Slowakei und Ungarn vorsieht, wurde die Schaffung eines „Competence Centers Ausland“ sowie die Gründung von Repräsentanzen beschlossen.

Den verstärkten Aktivitäten im Großwohnbau wurde im Inland durch Beteiligungen an gemeinnützigen Wohnbauträgern Rechnung getragen. Zur weiteren Stärkung dieses Geschäftsfeldes wurden auch Beteiligungen an Wohnbaugesellschaften im benachbarten Ausland eingegangen.

Die mit Jahresbeginn 2004 neu gegründete Abteilung „Projekt- und Konsortialfinanzierung“ hat sich ausgezeichnet entwickelt. Das Geschäftsvolumen betrug zum Jahresultimo 115,2 Mio. Euro.

Im Retailgeschäft wurden überdurchschnittliche Zuwächse von rund 26,8% erzielt. Im Einzelnen verzeichnete die NÖ HYPO im Firmenkundengeschäft einen Anstieg bei den Krediten um rund 39,6% (79,7 Mio. Euro) und im Privatkundengeschäft einen Zuwachs um 31,8% (85,3 Mio. Euro)

Die im Rahmen der Mittelfristplanung beschlossene Filialexpansion wird weiter fortgesetzt. Nach den Geschäftsstellen in Neunkirchen und Bruck/Leitha, die im September 2004 bzw. Juni 2005 offiziell eröffnet wurden, konnten auch in Hollabrunn und Korneuburg neue Standorte fixiert werden. Außerdem wurde die in Wiener Neustadt bestehende Geschäftsstelle an einen neuen Standort am Hauptplatz übersiedelt.

Begleitet wird die Filialexpansion mit der passenden Kommunikationsstrategie. Zwei Kernelemente in der Kommunikation nach außen – der Slogan „offen für alle“ und die NÖ HYPO-Parkbank bildeten im ersten Halbjahr 2004 den Mittelpunkt des werblichen Auftritts. Sie sollen einerseits die Marktpositionierung - „Wir sind die Bank für das Land und die Menschen, die hier leben“ - unterstreichen und andererseits die Expansionsstrategie mit der Erweiterung des Geschäftsstellen-Netzes und der damit verbundenen verstärkten Zuwendung zum persönlichen Kundengeschäft verdeutlichen.

## 2.6. HYPO OBERÖSTERREICH

Die HYPO Oberösterreich blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2004 zurück. Sowohl bei der Bilanzsumme als auch beim Betriebsergebnis wurden die gesteckten Ziele erreicht. Insbesondere in den strategischen Geschäftsfeldern - im Wohnbau, bei den Ärzten und Freien Berufen, bei den Privatkunden, bei den öffentlichen Institutionen sowie im kirchlichen und sozialen Bereich – ist es gelungen, den erfolgreichen Kurs weiter fortzusetzen und die Geschäftstätigkeit auszuweiten. Die Bilanzsumme hat erstmals die Grenze von 5,5 Mrd. Euro überschritten. Sie stieg von 5,1 Mrd. Euro im Jahr 2003 auf 5,6 Mrd. Euro im Jahr 2004.

## HYPO-VERBAND 2004

---

Das ist ein Plus von 9 Prozent. Die Ausweitung ist vor allem auf Zuwächse bei den Ausleihungen (+5,5%) und Primäreinlagen (+5,3%) sowie auf die gesteigerte Emissionstätigkeit (+12,8%) zurückzuführen.

Auch beim Betriebsergebnis schlug sich das erfolgreiche Jahr 2004 positiv nieder. So verbesserte sich das Betriebsergebnis um 5,4% von 26,9 Mio. Euro auf 28,4 Mio. Euro. Damit wurde auch die Cost-Income-Ratio von 63% im Jahr 2003 auf nunmehr 60% gesenkt. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit liegt mit 21,1 Mio. Euro im vergleichbaren Niveau des Jahres 2003 (21,6 Mio. Euro). Aufgrund der geplanten Umstellung auf die internationalen Bilanzierungsnormen IFRS wurden außerordentliche Positionen vorgezogen. Alle Personalrückstellungen werden bereits nach IFRS bilanziert. Die anrechenbaren Eigenmittel betragen zum Jahresultimo 333 Mio. Euro, das entspricht einer Eigenmittelquote von 14,67%.

Die Ausleihungen konnten im vergangenen Jahr auf hohem Niveau weiter gesteigert werden. Das Darlehens- und Kreditvolumen stieg von 3,44 Mrd. Euro auf 3,63 Mrd. Euro. Das ist ein Plus von 5,5 Prozent. Erfreulich ist dabei vor allem, daß die HYPO Oberösterreich ihre Stellung als Wohnbaubank weiter gefestigt hat. Das Finanzierungsgeschäft im Wohnbau stieg um 7%. Der Anteil der Fremdwährungskredite am Ausleihungsvolumen bleibt bei der HYPO mit 4% weiterhin konstant. Trotz des sehr hohen Ausleihungsvolumens weist die HYPO im österreichischen Bankenvergleich eine ausgezeichnete Risikolage auf. So sind bei der HYPO lediglich 0,85% des gesamten Kreditvolumens für Wertberichtigungen rückgestellt.

Das Emissionsgeschäft ist weiterhin die Hauptrefinanzierungsquelle der HYPO Oberösterreich. Der Stand der Emissionen erreichte zum Ende des Jahres 2004 mit 3,55 Mrd. Euro einen neuen Höchststand. Dies ist im Vergleich zum Jahr davor eine Steigerung um 12,8%. Im Retail-Bereich waren dabei vor allem die HYPO-Wohnbauanleihen ein wichtiger Erfolgsfaktor. Im vergangenen Jahr emittierte die HYPO Wohnbauanleihen im Volumen von 164 Mio. Euro (nach 92 Mio. Euro im Jahr 2003).

## HYPO-VERBAND 2004

---

Trotz des für alle Sparer belastenden niedrigen Zinsniveaus ist es gelungen, den Stand der Giro- und Spareinlagen weiter zu erhöhen. Die Primäreinlagen stiegen im Vergleich zum Jahr 2003 um 5,3% auf 1,08 Mrd. Euro.

Der Erwerb von 25 Prozent an den ehemaligen Bundeswohnungen - WAG, ESG und EBS - war im Jahr 2004 das herausragende Ereignis im Beteiligungsbereich. Es wurde das strategische Ziel verfolgt, sich in diesem wichtigen Kerngeschäftsfeld auch als Eigentümer zu positionieren. Der Erwerb der drei Wohnungsgesellschaften stellt neben den Beteiligungen an der HYPO Salzburg (25 Prozent) und der Voest Alpine AG (1 Prozent) das wichtigste Beteiligungs-Asset der HYPO Oberösterreich dar.

Im vergangenen Jahr wurde im Filialbereich eine Modernisierungsoffensive gestartet. Zwei Filialen - in der solarCity in Linz und im Krankenhaus Vöcklabruck - wurden neu gegründet und drei bereits bestehende Zweigstellen - in Wien, im Landesdienstleistungszentrum und in der Linzer Eisenhandstraße - an neuen Standorten modernisiert. Dafür wurden Investitionen in Höhe von 2 Mio. Euro getätigt. Für das heurige Jahr ist die Neugestaltung von drei Filialen - am Bindermichl in Linz, in Vöcklabruck und im Landeskrankenhaus Steyr - geplant.

Die HYPO Oberösterreich hat im vergangenen Jahr ihren Personalstand weiter erhöht. Zum 31.12.2004 waren 431 MitarbeiterInnen in der HYPO beschäftigt. Seit der Teilprivatisierung im Jahr 1997 wurde der Personalstand um nahezu 100 MitarbeiterInnen erhöht.

Für das aktuelle Geschäftsjahr ist ein Wachstum der Bilanzsumme von 6 Prozentpunkte auf rund 5,9 Mrd. Euro geplant. Der aufgrund der Zinsentwicklung, der Geschäftsstruktur und der Wettbewerbssituation zu erwartenden Verknappung der Margen soll durch eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit und einer Forcierung des Dienstleistungsgeschäftes entgegen getreten werden.

## 2.7. HYPO SALZBURG

Kreative Finanzierungsideen, nachhaltige Anlagestrategien und zielgerichtete, moderne Finanzdienstleistungen für die Kunden sind die Stärke der HYPO Salzburg. Den Erfolg ihrer Kunden zu unterstützen und damit die Zukunft für das Land Salzburg und seine Menschen sicherzustellen, steht im Mittelpunkt der Geschäftsstrategie der HYPO Salzburg. Die HYPO Salzburg konnte im abgelaufenen Wirtschaftsjahr einen sehr guten Erfolg erzielen und somit die erfreuliche Entwicklung der vergangenen Jahre weiter fortsetzen.

Die Kooperation mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, gerade im Bereich der Abwicklung, der Vertriebsunterstützung und des Einsatzes entsprechender EDV-Tools, wurde weiter verstärkt. Im Jahr 2004 wurde die EDV-Migration der Systeme der HYPO Salzburg zum Genossenschaftlichen Rechenzentrum in Linz vorgenommen. Ziele der Migration waren in erster Linie die Optimierung der Geschäftsprozesse und der Ausbau der Vertriebsunterstützung. Die HYPO Salzburg verfügt nunmehr über die entsprechenden Analysetools, die eine zielgerichtete Betreuung der Kunden und somit den Ausbau des Cross-Sellings gewährleisten.

Die in ihrer Strategie verankerte konsequente Kundenorientierung und die klare Zielgruppenfokussierung mit attraktiven Produkten finden im Bilanzergebnis 2004 ebenso ihren Niederschlag wie der verantwortungsvolle Umgang mit Kosten und Risiken. Die Bilanzsumme erreichte im Berichtsjahr eine Höhe von 3,703 Mrd. Euro und konnte somit um 13,3% bzw. 435 Mio. Euro ausgeweitet werden. Im Berichtsjahr 2004 gelang es, sowohl das Geschäftsvolumen als auch die Betriebserträge überdurchschnittlich zu steigern.

Die Stärkung der Einlagen durch Emissionen und Generierung von Primärmitteln war das Ziel der HYPO Salzburg im Jahr 2004. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden deutlich erhöht und weisen per 31.12.2004 einen Stand von 221,1 Mio. Euro aus. Die Erhöhung erklärt sich einerseits aus der Teilnahme am Tenderverfahren der Europäischen Zentralbank im Ausmaß von 55,0 Mio. Euro und andererseits aus der fristenkonformen Refinanzierung von Krediten.

Der Spareinlagen- und Girobestand entwickelte sich sehr erfreulich auf einen Stand von 1.071,5 Mio. Euro. Saldiert konnte eine Steigerung um 6,38% erreicht werden. Erwähnenswert ist der Zugang bei Spareinlagen von 16,75%, vornehmlich bei fix gebundenen Kapitalsparbüchern. Dies entspricht dem Ziel der HYPO Salzburg, kurzfristige Einlagen in längerfristig gebundene Einlagen zu transferieren.

Die verbrieften Verbindlichkeiten weisen gemeinsam mit dem Ergänzungskapital und den nachrangigen Verbindlichkeiten per 31.12.2004 einen Betrag von 2.258,2 Mio. Euro aus. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt dies eine Steigerung um 11,77%. Im Wesentlichen wurden Emissionen in Höhe von 430,3 Mio. Euro begeben. Zudem wurde Ergänzungskapital in Höhe von 20,0 Mio. Euro emittiert. Im Bereich des internationalen Finanzierungsgeschäftes konnten beträchtliche Zuwächse verzeichnet werden, deren Refinanzierung vor allem aus langfristigen Emissionen in EURO, CHF und JPY stammen. Dies führte in erster Linie zur aktivseitigen Erhöhung der Bilanzposition Forderungen an Kreditinstitute.

Trotz erheblicher Rückflüsse durch planmäßige Tilgungen konnte der Stand der Ausleihungen an Kunden unter Zugrundelegung einer vorausschauenden Risikopolitik stabil gehalten werden.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden zum 31.12.2004 mit 302,0 Mio. Euro ausgewiesen. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere betragen zum Bilanzstichtag 227,5 Mio. Euro. Diese sind vor allem Spezialfonds für die HYPO Salzburg, die bei der Kepler Fonds-KAG, einer Tochter der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, veranlagt sind. Zum Zwecke der Refinanzierung waren bei der Europäischen Zentralbank Tier-1-fähige Wertpapiere im Ausmaß von 218,0 Mio. Euro hinterlegt.

Der Nettozinsertrag konnte trotz des niedrigen Zinsniveaus ausgebaut werden und erreichte einen Wert von 31,5 Mio. Euro. Die Erträge aus den Wertpapieren und Beteiligungen liegen leicht unter dem Vorjahresergebnis und sind mit einem Wert von 12,0 Mio. Euro ausgewiesen. Das Dienstleistungsgeschäft entwickelte sich weiterhin

## HYPO-VERBAND 2004

---

erfreulich und konnte auf 9,9 Mio. Euro gesteigert werden. Entsprechend unseren strategischen Zielen ist wiederum eine Ausweitung der Dienstleistungssparten gelungen. Hervorzuheben sind insbesondere die Bereiche Zahlungsverkehr und Wertpapiergeschäft. Somit konnte insgesamt eine Steigerung der Betriebserträge von rund 4% erreicht werden.

Die Betriebsaufwendungen sind im Vergleichszeitraum um 7,14% gesunken. Wesentlich beeinflusst ist der Rückgang durch Verwendung von Rückstellungen für EDV-Migration. Das Betriebsergebnis als Saldo der Betriebserträge und Betriebsaufwendungen weist einen Betrag von 16,8 Mio. Euro aus und konnte um 42,37% gesteigert werden. Daher konnte das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit fast verdoppelt werden und ist auf 11,2 Mio. Euro angestiegen. Der Bilanzgewinn nach Steuern und Rücklagenbewegung beträgt 1,0 Mio. Euro.

Die HYPO Salzburg betrieb im Jahr 2004, unverändert zum Vorjahr, 23 Geschäftsstellen. Zwölf Geschäftsstellen befinden sich im Zentralraum Salzburg und elf Geschäftsstellen im Land Salzburg. Auch im Jahre 2004 wurde das umfangreiche Investitionsprojekt zur Modernisierung der Filialen fortgeführt. Der Umbau der Filiale Oberndorf wurde finalisiert und der Neubau der Filiale Wals begonnen. Seit 21.2.2005 ist im Einkaufszentrum EURO-PARK ein weiterer Standort hinzugekommen. Somit verfügt die HYPO Salzburg nunmehr über 24 Geschäftsstellen. An diesem stark frequentierten Standort verspricht sich die HYPO Salzburg eine Kunden- und Geschäftsausweitung und eine Stärkung der Marke.

Neben der Neukundengewinnung hat die optimale und umfassende Betreuung der bestehenden Kunden oberste Priorität. Um die Betreuungskapazität in den Bankstellen weiter zu verbessern, werden die Prozesse laufend optimiert und somit Freiräume für den aktiven Verkauf geschaffen. Wir stellen unseren Kunden an allen Standorten die modernste Banktechnologie zur Verfügung. Die SB-Zonen und insbesondere unser Electronic Banking (ELBA) sorgen für größtmögliche Flexibilität bei der Erledigung der Bankgeschäfte.

Die HYPO Salzburg hat eine ganze Reihe sehr interessanter und erfolgreicher Unternehmen in Salzburg als Kunden gewinnen können; besonderes Augenmerk wurde im Rahmen der Neukundenakquisition auf die Themen Auslandsgeschäft mit Exportfinanzierung und Dokumentengeschäft gelegt. Einen starken Ausbau gab es bei den internationalen



Bank-zu-Bank-Finanzierungen unter besonderer Berücksichtigung der Beherrschbarkeit der damit verbundenen Risiken. Die Zusammenarbeit mit dem strategischen Partner, der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, ermöglichte es auch im Finanzierungsbereich größere Engagements zum Vorteil der Kunden zu gestalten. Im Auslandsgeschäft steht das sehr große Korrespondenzbankennetz unseres Partners allen Kommerzkunden der HYPO Salzburg zur Verfügung. Dadurch war es möglich, unsere Kunden weiterhin bei Investitionen in den angrenzenden Nachbarländern zu begleiten und kompetent bei der Finanzierung zu unterstützen.

Ein Schwerpunkt lag im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem Risikoabbau. Das Spannungsfeld zwischen Markterfordernis bzw. Kundenorientierung und Risikominimierung stellt eine ständige Herausforderung für alle dar. Trotzdem konnte auch 2004 die Risikosituation wieder positiv für die HYPO Salzburg gestaltet werden. Der Umstieg auf das EDV-System der Konzernmutter machte die Neustrukturierung und die Anpassung unserer Risikomanagementinstrumente notwendig.

Das Gesamtdepotvolumen der Kunden stieg um 5,9% auf einen Wert von 891,1 Mio. Euro. Im abgelaufenen Jahr wurde die Produktpalette für die Wertpapierkunden konsequent erweitert. Vom Vermögensaufbauplan bis zum Wertpapiermanagement, einer speziellen Dienstleistung im Rahmen der gehobenen Vermögensberatung, bietet die HYPO Salzburg alle Produkte zum Aufbau oder zur Verwaltung des Vermögens der Kunden.

Mit dem Bewußtsein, daß qualitativ hochwertige Arbeitsplätze besonders gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter erfordern, wurde die im Jahr 2000 gestartete Aus- und Weiterbildungsoffensive auch im Jahr 2004 wieder in einem umfangreichen Bildungsangebot fortgesetzt. Es wurden insgesamt 2.387 Schulungstage absolviert (386 externe, 1.642 interne und 359 Verbandsveranstaltungen). Das bedeutet, daß jeder aktive Angestellte im Schnitt ca. 7 Tage auf Schulung war. Ein besonderer Schulungsschwerpunkt lag in der optimalen Vorbereitung der EDV-Migration. Jede Führungskraft und jeder Mitarbeiter wurden in einem dafür speziell konzipierten Schulungsprogramm in dem jeweiligen Fachgebiet auf das neue System vorbereitet. Darüber hinaus wurden im Rahmen des HYPO Salzburg College die Fachausbildung und Persönlichkeitsentwicklung weiter forciert und in die Praxis umgesetzt. Mit 31.12.2004 wurde eine neue Betriebsvereinbarung abgeschlos-

sen, die den modernen Personalmanagement-Instrumenten sowie der geänderten Marktsituation Rechnung trägt. Mit Stichtag 31.12.2004 beschäftigte die HYPO Salzburg 404 Mitarbeiter.

Die vorliegenden Kurz- und Mittelfrist-Plandaten lassen für das Jahr 2005 eine weitere Steigerung des Ergebnisses erwarten. Ziel ist eine kontinuierliche Fortsetzung der positiven wirtschaftlichen Weiterentwicklung der HYPO Salzburg. Der Fokus im Jahr 2005 liegt unverändert im risikoorientierten Wachstum, in der Vertiefung der bestehenden Geschäftsbeziehungen, im Ausbau des Cross-Sellings sowie in einer weiteren Forcierung des Dienstleistungsgeschäftes, speziell im Wertpapierbereich. Der angrenzende südbayerische Raum wird selektiv und strategisch bearbeitet. Das Ziel ist es, mittlere Unternehmen und private Kunden mit guter Bonität als Neukunden zu gewinnen und Geschäftsbeziehungen aufzubauen.

Im Filialbereich wird der Schwerpunkt auf der Beratung der Kunden bei der Wohnbaufinanzierung und Veranlagung liegen. Mit dem Neubau der Geschäftsstelle Wals wird eine weitere Filiale nach dem Konzept Selbstbedienung-Service-Beratung zur Verfügung stehen. Die Kundengruppe der Freien Berufe wird weiterhin durch persönliche Kontaktpflege und maßgeschneiderte Finanzprodukte individuell betreut werden, um so eine Erhöhung des Marktanteils zu erreichen. Bei Bauträgerfinanzierungen steht der selektive Ausbau der guten Position unter Beachtung der Risikosituation im Vordergrund.

Das Firmenkundengeschäft soll unter Berücksichtigung einer vorsichtigen Risikobeurteilung wachsen, wobei die Beratung von Unternehmen mit Auslandsgeschäftsbeziehungen einen Schwerpunkt bilden wird. Im Bereich der Öffentlichen Hand sollen zusätzlich zu klassischen Finanzierungsmodellen auch alternative Modelle verstärkt eingesetzt werden. In beiden Geschäftsbereichen werden Synergien mit der Raiffeisenlandesbank Oberösterreich zu Gunsten der Kunden genutzt werden.

## 2.8. HYPO STEIERMARK

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG versteht sich als Regionalbank mit starker Verwurzelung und besten Kontakten in ihren Kerngebieten sowie als kompetenter und geschätzter Anbieter von Bankdienstleistungen für das Land Steiermark, die mit dem Land verbundenen Unternehmungen, die steirischen Gemeinden sowie für die steirische Wirtschaft und die Bevölkerung des Landes. Sie ist mehrheitlich mit 75% minus einer Aktie im Eigentum der Raiffeisenlandesbank Steiermark, das Land Steiermark hält unverändert 25% plus 1 Aktie.

Der Vorstand hat im Projekt „zukunft.hypo“ die entscheidenden Weichen der Hypo Steiermark zur Top Privatbank in Fünf-Sterne-Qualität gestellt. Dieser Weg wurde auch 2004 konsequent weiterentwickelt. Heute präsentiert sich die Hypo Steiermark – Bank, Leasing und Bauträger – als modernes, dynamisches Finanzdienstleistungsunternehmen mit rund 400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und einem umfangreichen Spektrum an Angeboten und Dienstleistungen. Die gebündelte Finanzierungs- und Veranlagungskompetenz sowie das spezifische Know-how in der Projektabwicklung sprechen dabei anspruchsvolle Privatkunden ebenso an wie Ärzte, Freie Berufe, Firmenkunden und den öffentlichen Bereich.

Die Umsetzung des neuen Gesamtmarktauftrittes der Bank, der Leasingtöchter und der Hypo Bauträger wurde auch 2004 in baulicher Hinsicht konsequent weiter umgesetzt. So wurden durch den Neubau der Filiale in Liezen und dem Umbau der Filiale in Graz in der Peter Tunner-Gasse die Filialen nach neuesten Qualitätsstandards adaptiert. Damit steht für Topberatung in den Filialen die notwendige Infrastruktur – auch in banktechnischer Hinsicht – zur Verfügung. Je nach Bedarf und Wunsch bestimmt der Kunde sein Service selbst – von der Selbstbedienungszone bis zum Beratungsgespräch im Hypo Steiermark Kundenwohnzimmer als Diskretzone in angenehmer Atmosphäre. Unter der Dachmarke Hypo Steiermark Premium.Banking bietet die Bank unverwechselbare Bankdienstleistungen in erstklassiger Qualität und einen besonderen Zugang zur finanziellen Lebenspla-

nung. Die Hypo Steiermark bietet ihren Premium.Kunden neben dem klassischen Bankgeschäft Partnerschaften im Bereich der Kunst und Kultur an.

Mit dem Premium.Finanzplan bietet die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG vermögenden Privatkunden und Freiberuflern eine umfassende Betreuung in all ihren finanziellen Belangen auf Basis der strengen Grundsätze des Financial Plannings an. Kernpunkt ist die Erstellung eines individuellen lebensbegleitenden Finanzkonzeptes durch einen zertifizierten Financial Planner. Die erstellte persönliche Expertise, deren Inhalt explizit und schriftlich vom Kunden definiert wird, gibt diesem ein vollständiges und klar strukturiertes Bild seiner Finanz-, Liquiditäts- und Vermögenslage und enthält konkrete Handlungsempfehlungen fokussiert auf die Wünsche der Kunden für die Zukunft.

Durch die Zusammenlegung der Treasury-Einheiten der RLB Steiermark und der Hypo Steiermark erfolgte eine besondere Positionierung der Gruppe auf diesem Gebiet mit folgenden Zielen: Stärkung des Marktauftrittes der Gruppe durch die Zusammenlegung der Personalressourcen und der flows aus beiden Häusern, Forcierung des Kundengeschäftes für Treasury-Produkte der Gruppe, Steuerung der Zins- und Liquiditätsrisiken für die gesamte Finanzgruppe, Nutzung der gemeinsamen Risikodeckungsmasse (Eigenkapital + Reserven) zur Erzielung von Handelserträgen und Bewirtschaftung der Währungs- und Zinsrisiken des Handelsbuches für beide Häuser durch eine zentrale Stelle.

Das Geschäftsvolumen der Hypo Leasing Gesellschaft konnte 2004 auf einem hohen Niveau gehalten werden. Mit den Dienstleistungen – Projektmanagement/Projektsteuerung, Generalplanung, örtliche Bauaufsicht, Bauträgerleistungen, Leistungen nach dem Bauarbeiten-Koordinierungsgesetz, begleitenden Kontrollen und Sachverständigentätigkeit im Sinne des Ortsbildgesetzes steht die Hypo Bauträger dafür, bestmögliche Qualität für die Kunden zu erreichen. Die Stellung der Hypo Bauträger im Netzwerk der Hypo Finanzgruppe bietet zusätzliche Perspektiven und Potential über die Kernkompetenzen der Bank hinaus. Ein Beispiel dafür ist der Neubau eines Gemeindezentrums in der Gemeinde Halbenrain im Süden der Steiermark. Dabei erfolgte die Finanzierung des Vorhabens durch die Hypo Steiermark Kommunal- und Gebäudeleasing GmbH, Projektmanagement, örtliche

Bauaufsicht sowie Koordination sämtlicher Arbeiten lag in den Händen der Hypo Steiermark Bauträger Gesellschaft mbH.

Der erfolgreich eingeschlagene Weg der strategischen Neuakzentuierung ist aus den Ergebnissen des Jahresabschlusses 2004 ablesbar, wenngleich einige Ertragsziffern im Vergleich zum Vorjahr „nur“ auf hohem Niveau gehalten, jedoch nicht übertroffen werden konnten. Die Bilanzsumme wird um 12,6% oder 593 Mio. Euro auf eine Höhe von 5,3 Mrd. Euro ausgeweitet. Die Wertpapiervolumina auf unseren Kundendepots haben nunmehr eine Milliarde deutlich überschritten. Das Kreditvolumen wurde in allen Marktsegmenten um insgesamt 4,4% auf 2,87 Mrd. Euro ausgeweitet. Mit dem Ausbau der Handelsaktivitäten im Group Treasury sind die Forderungen an Kreditinstitute und die Schuldtitel sonstiger Emittenten deutlich angestiegen. Gleichzeitig wurde zur Absicherung der Liquidität weiter in entsprechend liquide Wertpapiere investiert. Die Emissionstätigkeit wurde konsequent fortgeführt und die verbrieften Verbindlichkeiten um 276 Mio. Euro oder 7,9% erhöht.

Das wirtschaftliche Ergebnis 2004 bleibt auf einem zufriedenstellenden Niveau, die herausragenden Werte des Vorjahres können jedoch knapp nicht erreicht werden. Die Eigenkapitalrentabilität beträgt 9,1% und entspricht dem Niveau der in Österreich tätigen Kreditinstitute. Die Cost-Income-Ratio, das Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen, beträgt 60,9% und ist gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen.

Die Landes-Hypothekenbank Steiermark AG wird unter den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen alle Anstrengungen unternehmen, die bisher erfolgreiche Geschäftstätigkeit fortzusetzen. Aus heutiger Sicht ist auch im Jahr 2005 mit einer weiteren positiven Entwicklung der Bank zu rechnen. Die Strategie „zukunft hypo“ wird 2005 konsequent fortgesetzt – an der Stärkung des Vertriebes als Schwerpunkt wird intensiv gearbeitet. Durch die Forcierung des Dienstleistungsgeschäftes soll mittelfristig die Zinslastigkeit der Betriebserträge entschärft werden. Die Modernisierung der Bankstandorte wird weiter vorangehen. Mit den Adaptierungen der Zentrale in Graz, Radetzkystraße, der Grazer Geschäftsstellen Plüddemanngasse und Paulustorgasse sowie dem Umbau der Filiale Judenburg wird begonnen. Das „Group-Treasury“ wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr mit einem weiteren Handelsplatz ausgestattet, wodurch eine Ertragsstärkung bewirkt werden soll. Durch

das Straffen von Arbeitsabläufen und die Zusammenführung von Back Office-Abteilungen werden weitere Synergiepotentiale gesucht, um die Kostenstruktur zu optimieren. Die Umstrukturierung der „HYPO Steiermark Leasing“ wird 2005 fortgesetzt – neben den zahlreichen organisatorischen und personellen Maßnahmen wird vor allem an der Intensivierung des Inlandsmarktes gearbeitet.

### 2.9. HYPO TIROL

Die Hypo Tirol Bank AG ist als Konzern im Universalbank-, Versicherungsvermittlungs-, Private Banking und Leasinggeschäft im Bundesland Tirol, in Italien mit Schwerpunkt Südtirol sowie in den Nischen Zürich und Wien tätig. Sie betreut ihre Kunden in 25 Zweigstellen in Österreich bzw. fünf Zweigstellen und Beratungszentren sowie freien Finanzberatern in Italien. Darüber hinaus ist das Eigengeschäft des Konzerns im Bank- und Handelsbuch von wesentlicher Bedeutung. Nach dem Umbruchjahr 2003 brachte die neue Konzernstrategie „Hypo aGOra“, die eine konsequente Ausrichtung auf die Bedürfnisse des Kunden zum Inhalt hat, bereits sichtbare Erfolge. Die Errichtung von Kommerzcentren, Kompetenzzentren für Ärzte, Freie Berufe und Wohnbau sowie die Integration der Geschäftsfelder in Italien unter der Marke Hypo Tirol Bank führten zu einer starken Steigerung des Kundengeschäftes. In Nord- und Osttirol konnten 2.000 neue Kunden gewonnen werden und das Geschäftskundenvolumen in Italien konnte auf rd. 1,3 Mrd. Euro um 19,6% gesteigert werden. Auch die im Juni 2004 geschlossene Kooperation mit der Merkur Bank München, von der die Hypo Tirol 10% hält, war schon im ersten Jahr erfolgreich. Diese Expansion in den süddeutschen Raum konzentriert sich vor allem auf Bauträgerzwischenfinanzierungen und auf Wohnungsendfinanzierungen.

Die Bilanzsumme wurde um 9,1% von 7,8 Mrd. Euro auf nunmehr 8,6 Mrd. Euro gesteigert. Die wichtigsten Kundenpositionen erreichten ebenfalls sehr hohe Steigerungsraten – Forderungen Kunden +15,5% bzw. Einlagen von Kunden (Spar- und Giroeinlagen) +7,1%. Auch die eigenen Wertpapierpositionen erhöhten sich um ca. 286 Mio. Euro (+12,5%) stark. Passivseitig stiegen neben den Kundeneinlagen auch die verbrieften Verbindlichkeiten um ca. 562 Mio. Euro (+10,8%) signifikant.

Die erfreuliche Geschäftsentwicklung 2004 spiegelt sich auch im Betriebserfolg wider. Das Betriebsergebnis erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 8,6% auf 68,5 Mio. Euro; das EGT konnte durch geringere Risikokosten im Berichtsjahr um 34,4% auf 39,5 Mio. Euro gesteigert werden. Dies zeigt sich an der wesentlichen Kennzahl „Risikobelastung“, die das Verhältnis zwischen Risikoaufwendungen und Betriebserträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung widerspiegelt. Diese Kennzahl veränderte sich von 22,6% im Jahr 2003 auf 18,1% im Geschäftsjahr 2004.

In der bedeutenden Ertragsposition „Nettozinsbetrag“ konnte eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 8,3% erzielt werden. Neben den Steigerungen aus dem Kundengeschäft trugen zu diesem Ergebnis auch entscheidend die Zinserträge aus den Eigenveranlagungen im Zinsgeschäft und die Zinssteuerungsstrategie, die eine mittelfristige Veranlagung einer kurzfristigen Refinanzierung gegenüberstellt, bei. Die starke Steigerung der „Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen“ resultiert zu einem guten Teil aus der Investition in mehrere Spezialfonds, dessen Erträge aufgrund der Rechnungslegungsvorschriften in dieser Position auszuweisen sind, die jedoch wirtschaftlich der Position Nettozinsbetrag zuzurechnen wären.

Der Personalaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 7,3%. Hier ist zu berücksichtigen, daß in dieser Aufwandsposition auch die gewinnabhängige, leistungsorientierte Vergütung der Mitarbeiter enthalten ist, die den Charakter variabler Kosten hat. Die Mitarbeiterkapazität wurde im Geschäftsjahr 2004 um 15 Kapazitäten auf 706 (2003: 691) ausgebaut. Die Mitarbeiterwertschöpfung konnte im Berichtsjahr um 15,5% von 48,5 Tsd. Euro auf 56,0 Tsd. Euro gesteigert werden (gerechnet EGT zu Kapazitäten).

Der Sachaufwand konnte gegenüber dem Vorjahr, trotz der massiven Anstrengungen für die Umsetzung der neuen Strategie „aGOra“ um 1,2% auf 28,5 Mio. Euro gesenkt werden.

Die Cost-Income-Ratio beträgt für den Konzernabschluß 2004 57,2% (2003: 57,7%). Im Vergleich zum österreichischen Branchendurchschnitt liegt der Hypo Tirol Bank Konzern im Spitzenfeld.

Von wesentlicher Bedeutung für die Finanzlage einer Kreditinstitutsgruppe ist deren Eigenmittelausstattung. Die Eigenmittel der Hypo Tirol Bank konnten um 68 Mio. Euro auf 487 Mio. Euro, d.h. um +16,2% erhöht werden. Das entspricht einer Eigenmittelquote von 10,89% nach 10,35% im Jahr 2003. Die Eigenkapitalrendite stieg von 11,41% auf beachtenswerte 14,38%.

Die Hypo Tirol Bank erwartet auch für das Jahr 2005 eine deutliche Steigerung der Bilanzsumme und des Ergebnisses. Qualitative Schwerpunkte 2005 werden die Umsetzung der neuen Strategie „aGOra“ und der neuen Aufbauorganisation sowie die Weiterentwicklung ihrer Zielmärkte und der weitere Ausbau des Risikomanagements sein.

## 2.10. HYPO VORARLBERG

Die Bilanzsumme der Hypo Vorarlberg überschritt im Geschäftsjahr 2004 erstmals die 7-Milliarden-Grenze. Insgesamt ist die Bank 2004 um 6,9% oder 476,3 Mio. Euro gewachsen. Die Bilanzsumme der Hypo Vorarlberg betrug zum Jahresende 2004 7.346,4 Mio. Euro und hat sich damit in den letzten zehn Jahren verdreifacht.

Die Hypo Vorarlberg hat im Geschäftsjahr 2004 ihr Kreditvolumen um rund 250 Mio. Euro auf über 5.125,0 Mio. Euro erhöht und damit wieder viele wichtige Investitionen in Vorarlberg und in der Bodenseeregion ermöglicht.

Auch ertragsmäßig kann die Hypo Vorarlberg auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr zurückblicken. Das Ergebnis der Bank hat sich um 20,8% auf 34,1 Mio. Euro erhöht. Das Zinsergebnis ist 2004 im Wesentlichen aufgrund der deutlichen Zunahme des Ausleihungsvolumens um 6,2% auf 80,7 Mio. Euro gestiegen. Das Provisionsergebnis konnte durch höhere Provisionserträge im Wertpapierbereich und beim Zahlungsverkehr um 16,4% auf 22,6 Mio. Euro gesteigert werden. Insgesamt haben die Betriebserträge gegenüber dem Vorjahr um 4,4% auf 113,9 Mio. Euro zugenommen.

Im Jahresdurchschnitt umfaßte der Mitarbeiterstand der Bank 484 Personen (Vorjahr 486 Personen), obwohl das Private Banking Office Wels in eine Vollfiliale erweitert wurde.



Aufgrund des insgesamt leichten Rückganges der Mitarbeiterzahl stieg der Personalaufwand lediglich um 2,0% auf 28,2 Mio. Euro.

Trotz gezielter Investitionen in eine zukunftsweisende EDV, in die Vertrieboptimierung sowie zahlreiche Werbeaktivitäten stagnierten die Sachaufwendungen bei 19,6 Mio. Euro. Insgesamt sind die Betriebsaufwendungen lediglich um 2,3% auf 52,8 Mio. Euro gestiegen, was die schlanke Organisation und hohe Produktivität der Bank zum Ausdruck bringt.

Die Gegenüberstellung der Betriebsaufwendungen und -erträge ergibt ein Betriebsergebnis von 61,1 Mio. Euro. Dies entspricht einem Plus von 3,6 Mio. Euro oder 6,3% gegenüber dem Vorjahresniveau. Das Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen (Cost-Income-Ratio) betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 46,4% (Vorjahr 47,4%).

Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit konnte um 20,8% auf 34,1 Mio. Euro gesteigert werden. Die Hypo Landesbank Vorarlberg hat damit 2004 das zweitbeste Ergebnis ihrer Unternehmensgeschichte erzielt.

Aufgrund der starken Nachfrage nach Anlageprodukten mit Kapitalmarktgarantie bietet die Hypo Vorarlberg in der Vermögensverwaltung erfolgreich Produkte mit eingebautem Sicherheitsnetz an. Mit dem „Hypo Weltdepot Dynamik mit Wertsicherung“ gelang es der Hypo Vorarlberg, neue Kunden aus ganz Österreich zu gewinnen. Die nächste Produktinnovation ist seit Jahresbeginn 2005 am Markt: eine Vermögensverwaltung mit Entnahmeplan zum Beispiel für eine Rentenauszahlung oder für studierende Kinder. Die Hypo Vorarlberg hat als erste österreichische Bank die Performance-Berechnung und -Berichterstattung ihrer Vermögensverwaltung nach den international anerkannten ethischen Branchenstandards - den „Global Investment Performance Standards“ (GIPS) - prüfen und zertifizieren lassen.

Die Hypo Vorarlberg-Tochter in Vaduz, die Hypo Investment Bank (Liechtenstein) AG, hat das ihr anvertraute Kundenvermögen seit 1999 vervierfacht und wird über Länder-Desks weitere neue Märkte bearbeiten. In der Schweiz (Filiale in St. Gallen) plant die Hypo Vorarlberg, zukünftig ihren Aktionsradius Richtung Zürich auszuweiten.

Um die exportorientierte und international tätige Vorarlberger Wirtschaft auf den Wachstumsmärkten im Osten Europas begleiten zu können, hat die Hypo Vorarlberg im Jahr 2004 in der Filiale Wien einen Osteuropa-Desk eingerichtet. Gleichzeitig interessieren sich immer mehr Kunden aus den östlichen Nachbarländern für Anlagemöglichkeiten in Österreich.

Im vergangenen Jahr hat die Hypo Vorarlberg eine weitere Tochter, die Hypo Immobilien GmbH, als Kompetenzcenter rund um Immobilien – deren Angebot von der Immobilienverwaltung über das Know-how für die Erstellung von Schätzungsgutachten bis zur Übernahme von Hausverwaltungen reicht, gegründet. Die Hypo Vorarlberg hat sich in den letzten Jahren zu einem umfassenden Finanzdienstleister entwickelt und bietet für ihre Größe eine beachtliche Produktpalette aus einer Hand: eine Tochterbank für Vermögensverwaltung in Vaduz, die auf Venture Capital und Beteiligungsfinanzierungen spezialisierten Tochterunternehmen HUBAG und HEMAG, das auf Leasing spezialisierte Unternehmen Hypo SüdLeasing GmbH in Dornbirn und für Versicherungsfragen den Hypo Versicherungsmakler. Die Leasingtochter der Hypo Vorarlberg in Bozen weist für 2004 ein Ergebnis von 732.000,-- Euro aus. Diese Leasinggesellschaft ist das größte Leasingunternehmen im Wirtschaftsraum Südtirol/Trentino.

## 3. GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMUNGEN

### 3.1. Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken

Mit dem am 30.04.2004 in Kraft getretenen Pfandbriefstelle-Gesetz wurde die Rechtsgrundlage der Pfandbriefstelle an die Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Republik Österreich vom April 2003 angepaßt. Das neue Pfandbriefstelle-Gesetz ist die Rechtsgrundlage der Pfandbriefstelle als öffentlich-rechtliches Kreditinstitut. Es regelt neben grundsätzlichen Bestimmungen über Aufgaben und Organe der Pfandbriefstelle die Haftungsverhältnisse entsprechend den zwischen der Republik Österreich und der Europäischen Kommission vereinbarten Übergangsbestimmungen. Demnach fallen Verbindlichkeiten, die bis einschließlich 02.04.2003 bestehen, unabhängig von ihrer Laufzeit unter die bestehende Haftungsregelung. Verbindlichkeiten, die innerhalb der vierjährigen Übergangsfrist, somit bis 01.04.2007 begründet werden, fallen weiterhin unter die bestehende Haftungsregelung, falls ihre Laufzeit nicht über den 30.09.2017 hinausgeht.

Das seit dem Jahr 2001 bestehende Debt Issuance Programm mit der Deutsche Bank AG wurde im Jänner 2005 auf 9 Mrd. Euro aufgestockt und auf ein weiteres Jahr verlängert. Die Emissionen der Pfandbriefstelle werden von der Ratingagentur Moody`s mit „Aaa“ bewertet.

Im Jahr 2004 wurden von der Pfandbriefstelle insgesamt Emissionen mit einem Volumen von fast 1,0 Mrd. Euro begeben.

### 3.2. Hypo-Banken-Holding

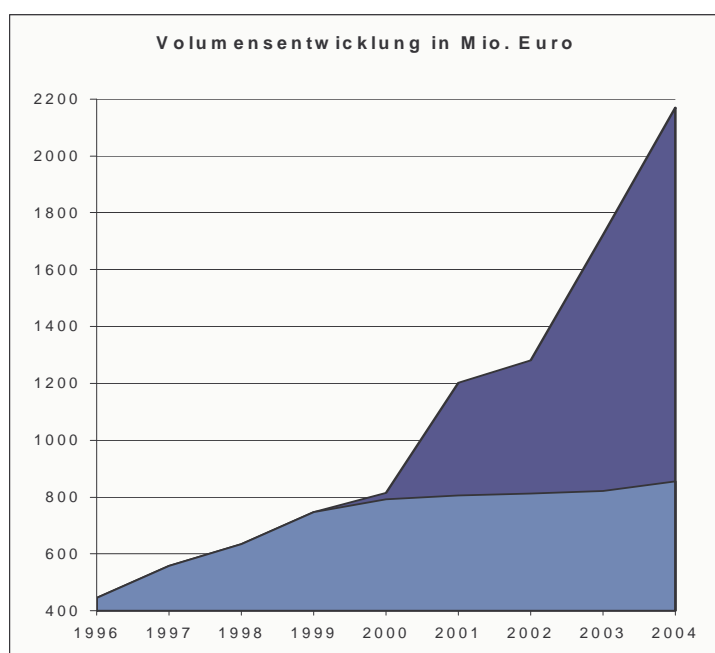
Da der Pfandbriefstelle satzungsgemäß der Erwerb von Beteiligungen nicht möglich ist, wurde für die Beteiligung des Sektors an gemeinsamen Einrichtungen der Kreditwirtschaft im Jahr 1977 die Hypo-Banken-Holding Ges.m.b.H. gegründet.

Sie hielt per Ende 2004 Beteiligungen an der Europay Austria Zahlungsverkehrssysteme Ges.m.b.H, APSS Austrian Payment Systems Services Ges.m.b.H., der Österreichischen Lotterien Ges.m.b.H., der Wiener Börse AG, der STUZZA Studiengesellschaft für Zusammenarbeit im Zahlungsverkehr Ges.m.b.H. und der A-Trust Gesellschaft für Sicherheitssysteme im elektronischen Datenverkehr Ges.m.b.H.

### 3.3. Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H.

Nach Neuausrichtung und Umstrukturierung der Hypo-KAG im Jahr 2000 konnte das verwaltete Volumen deutlich gesteigert werden. Dies gelang durch Öffnung der KAG für neue Fondsthemen der Gesellschafterbanken (z.B. Dachfonds der Hypo Tirol) und durch Herannahme von Drittanbietern wie Sal. Oppenheim. Daneben haben sich einige Hypo-Banken entschieden, Nostrogelder in Spezialfonds der Hypo-KAG verwalten zu lassen. Auch sogenannte Großanlegerfonds für ausgewählte Kunden konnten in den letzten Jahren erfolgreich platziert werden. Bemerkenswert ist auch die Volumensentwicklung des Hypo Rent im Jahr 2004, dessen Volumen die 500 Mio. Euro-Schwelle durchbrochen hat.

Der Marktanteil der Hypo-KAG betrug zum Ultimo 1999 0,99%. Per Ende 2004 verwaltet die Hypo-KAG 1,76% der österreichischen Fondsmittel.



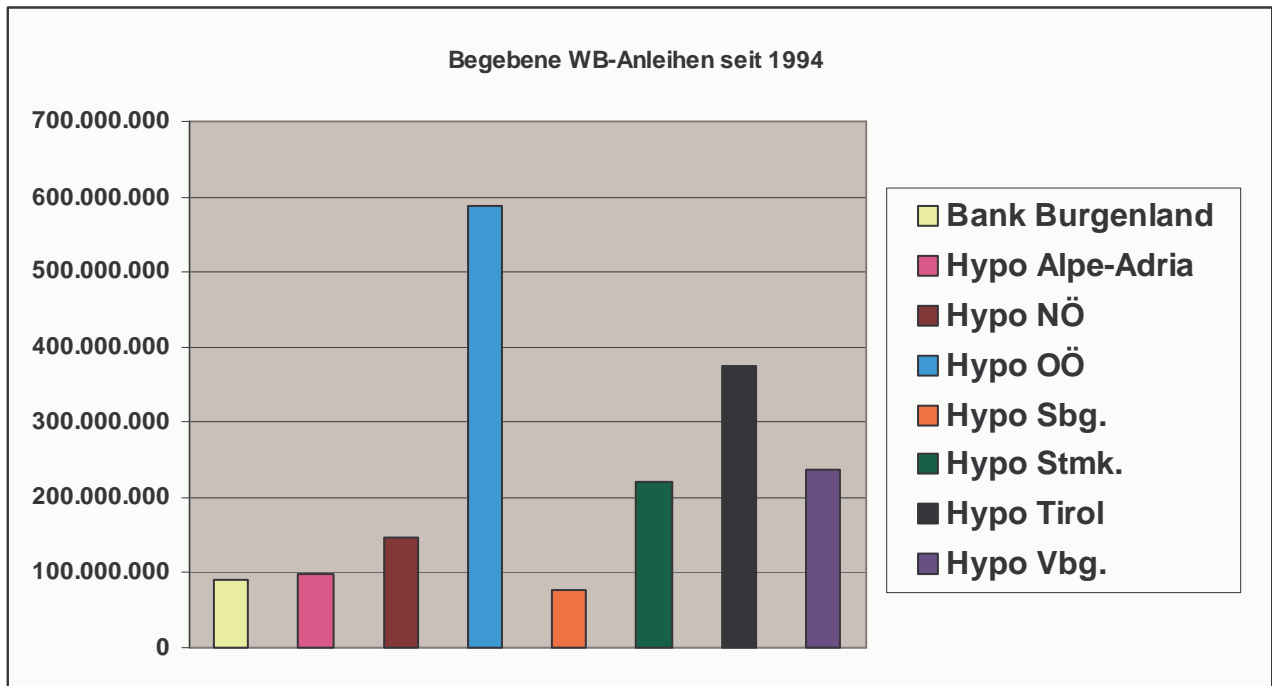
Die Darstellung zeigt auf, daß durch Fondsneugründungen entsprechendes Neuvolumen (dunkelblau) generiert werden konnte.

Während der österreichische Gesamtmarkt im Jahr 2004 um 12,47% wachsen konnte, verbuchte die Hypo-KAG ein Wachstum von 28,79%. Seit Beginn des Jahres 2000 beträgt das Volumenwachstum der Hypo-KAG ca. 190% (Gesamtmarkt + 56%). Auch für das Jahr 2005 wird die Hypo-KAG aufgrund bereits geplanter Fondsübernahmen bzw. Neuauflagen ein überdurchschnittliches Volumenwachstum erzielen. Gemeinsam mit den Hypo-Landesbanken wird sowohl im Publikums- als auch im Spezialfondsbereich das Geschäft weiter ausgebaut.

### 3.4. Hypo-Wohnbaubank AG

Im Jahr 2004, dem zehnten vollen Wirtschaftsjahr, konnte die Hypo-Wohnbaubank AG das bisher erfolgreichste Geschäftsjahr ihrer Geschichte erreichen. Der Absatz von Wohnbau-Anleihen erreichte mit rd. 448,3 Mio. Euro eine Rekordmarke und übertraf das Vorjahresergebnis (rd. 325 Mio. Euro) um rd. 38%. Als Spezialbank, die ausschließlich das Wohnbaugeschäft des Sektors entsprechend den gesetzlichen Vorgaben refinanziert, hat die Hypo-Wohnbaubank bisher rd. 1.832,4 Mio. Euro emittiert und verfügt über einen Marktanteil von rd. 22%. Die Hypo-Wohnbaubank konnte bis April 2005 rd. 79 Mio. Euro plazieren.

Seitens des BMF gibt es Überlegungen, die partielle KEST-Befreiung der Wohnbau-Anleihen ab dem 1. September 2005 zu streichen. Der Hypo-Verband spricht sich mit Nachdruck gegen dieses Vorhaben aus, das die kostengünstige Finanzierung des Wohnbaues nachhaltig beeinträchtigen würde.



## III. GEMEINSAME EINRICHTUNGEN DES SEKTORS

### 1.1. Freier Verband

Aufgabe des im Jahr 1947 gegründeten (freien) Verbandes der österreichischen Landes-Hypothekenbanken ist es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und ideellen Interessen seiner Mitglieder, insbesondere in den Angelegenheiten des Bankwesens, zu vertreten. Ihm gehören als ordentliche Mitglieder seit der Spaltung der Hypo Alpe-Adria-Bank AG nunmehr neun Landes-Hypothekenbanken an. Außerordentliche Verbandsmitglieder sind der Österreichische Gemeindebund, der Österreichische Städtebund, der Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands und die Bank Austria Creditanstalt AG.

Die Direktorenkonferenz des Verbandes, das wichtigste Verbandsgremium, in dem die Hypo-Banken durch ihre Vorstandsvorsitzenden vertreten sind, trat im Berichtsjahr zu fünf tourlichen Sitzungen zusammen.

# HYPO-VERBAND 2004

---

Das Präsidium des Verbandes besteht aus Herrn Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma als Verbandspräsidenten und Herrn Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer sowie Herrn Direktor Dr. Wolfgang Kulterer als Vizepräsidenten. Im Jahr 2004 fand die ordentliche Vollversammlung in Graz am 9. Juni 2004 und eine außerordentliche Vollversammlung fand am 2. Dezember 2004 in Wien statt.

## 1.2. Fachverband

Mitglieder des 1988 errichteten Fachverbandes der Landes-Hypothekenbanken sind neben den neun Landes-Hypothekenbanken die Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, die Hypo-Kapitalanlage Ges.m.b.H. und die Hypo-Wohnbaubank AG. Die LBA LandesBausparkasse AG wurde am 30. September 2004 rückwirkend mit 1.1.2004 mit der Bausparkasse Wüstenrot AG fusioniert und schied aus dem Fachverband aus.

## 1.3. Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H.

Als gesetzlich vorgesehene Sicherungseinrichtung für die Fachverbandsmitglieder besteht die Hypo-Haftungs-Ges.m.b.H. Sie hat neben der Einlagensicherung auch die Anlegerentschädigung für Wertpapierdienstleistungen zu gewährleisten. Im Rahmen des Früherkennungssystems werden Monatsausweise, Quartalsberichte, Prüfberichte, bankaufsichtliche Prüfberichte sowie Einschauberichte der Oesterreichischen Nationalbank und des Rechnungshofes kontrolliert und auf Auffälligkeiten überprüft.

Die Einlagensicherung führt regelmäßige Informationsgespräche mit den Einlagensicherungsgesellschaften der anderen Sektoren.

Der Sicherungseinrichtung gehören die neun Landes-Hypothekenbanken, die Hypo-Wohnbaubank AG sowie die Pfandbriefstelle an. Letztere deswegen, weil ihre nicht fundierten Emissionen als sicherungspflichtige (wenn auch nicht gesicherte) Einlagen gelten, das eigentliche Einlagengeschäft wird von der Pfandbriefstelle nicht betrieben. Das gleiche gilt auch für die Emissionen der Hypo-Wohnbaubank AG. Wie bereits dargestellt schied

die LBA Landesbausparkasse AG fusionsbedingt auch aus der Einlagensicherungseinrichtung des Hypo-Sektors aus.

Im Berichtsjahr wurde ein sehr leistungsfähiges Software-Analyse-Tool der Firma Cognos implementiert, das tiefgehende und umfassende Kennzahlenanalysen der von der Nationalbank zur Verfügung gestellten Sektordaten erlaubt.

## 1.4. Hypo-Bildung

Ein Schwerpunkt im Bereich Training waren 2004 wiederum die "standardisierten" Ausbildungswege der Grund-, Fach- und Fachlaufbahnausbildung mit insgesamt über 2.600 Teilnehmertagen.

36 Mitarbeiter konnten die eher "generalistisch" angelegte Fachausbildung erfolgreich abschließen, die tätigkeitsorientierten Fachlaufbahnen konnten 20 Mitarbeiter erfolgreich beenden. Beide Ausbildungswege dauern 2 Jahre und umfassen jeweils 2 (schriftliche und mündliche) Teilprüfungen, bei der Fachlaufbahnausbildung kommt noch eine von jedem Teilnehmer zu verfassende "Facharbeit" hinzu. Der erfolgreiche Abschluß wird entsprechend zertifiziert.

Die Fachlaufbahn "Kommerzberater" wurde 2003 - 2004 erstmals auch in einer "italienischen Version" angeboten, eine Mitarbeiterin der HYPO Tirol Bank AG Bozen konnte ihren Ausbildungsweg, der österreichische und italienische Inhalt kombinierte, erfolgreich abschließen.

Ein weiterer Schwerpunkt waren im vergangenen Jahr Seminare zu speziellen Fachthemen wie zum Beispiel "Rahmenverträge (Master Agreements) für Derivatgeschäfte" und "Finanzmathematik und Statistik im Kreditrisikomanagement, in Controlling und Treasury" bzw. aus dem juristischen Bereich "Konsumentenschutzbestimmungen im Bankalltag". Aber auch die Sozialkompetenz kam nicht zu kurz: "Verhandlungsführung in schwierigen Situationen" war ein neues Thema, das großen Anklang fand.



# HYPO-VERBAND 2004

---

Die 2003 in enger Zusammenarbeit mit der HYPO Tirol Bank AG in Innsbruck und Bozen ins Leben gerufene Ausbildungsschiene "Südtirol" wurde 2004 konsequent ausgebaut. Ein Trainingsthema war unter anderem "Italienisches Steuerrecht", im Herbst startete die erste "Grundausbildung Südtirol" mit österreichischen und italienischen Trainingsmodulen. Fünf Mitarbeiter aus Südtirol konnten diese "Grundausbildung Südtirol" (einschließlich gemischtsprachiger Abschlußprüfung) erfolgreich beenden.

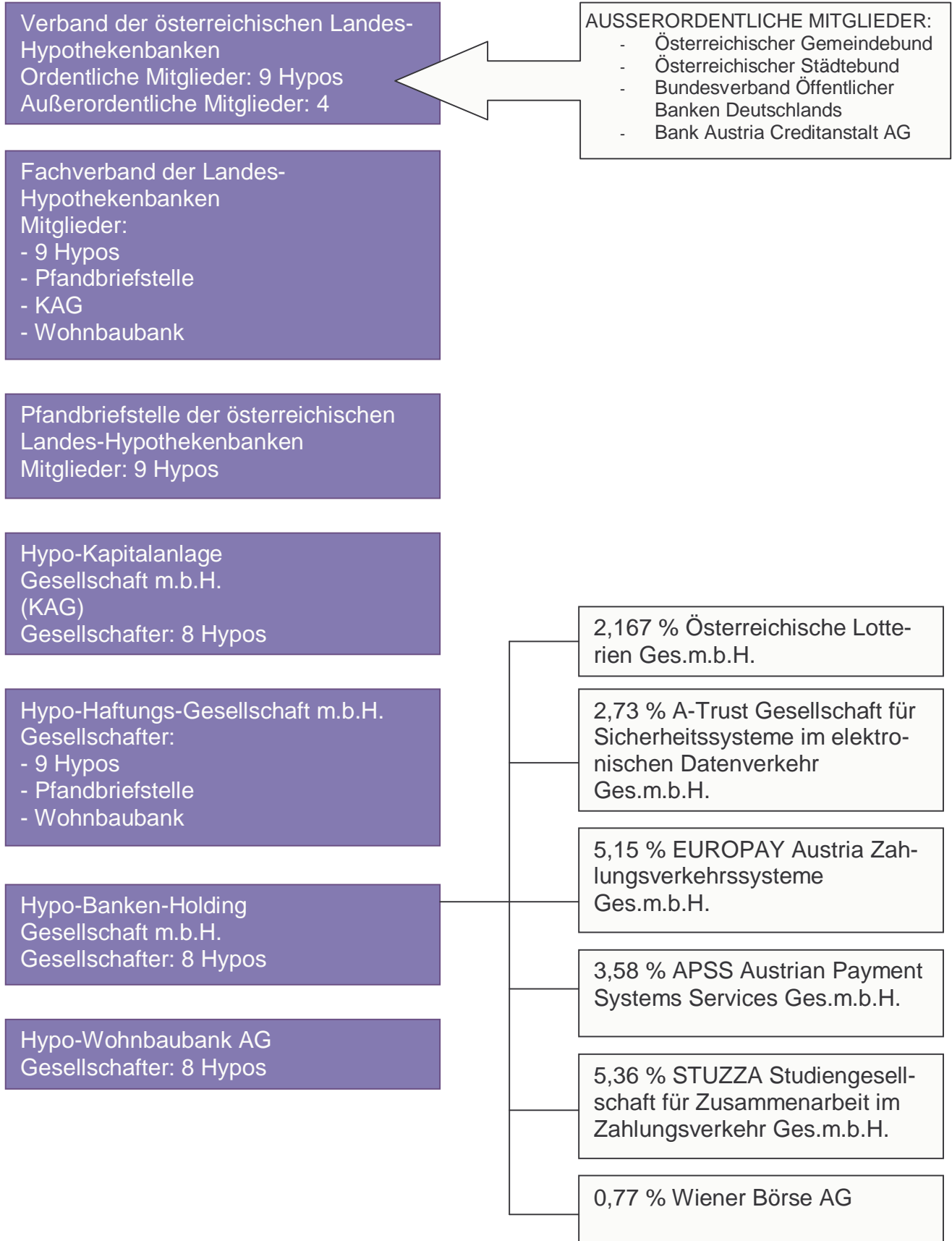
Ergänzend zu den Zertifikatsausbildungen bietet die HYPO-Bildung eine Vielfalt anderer Trainings an, die zum Teil auch regional und maßgeschneidert für die eine oder andere HYPO-BANK veranstaltet werden.

**E-learning** (in Form von früher Computer Based Training/CBT bzw. nunmehr Web Based Training/WBT) bildet seit jeher einen weiteren Schwerpunkt der HYPO-Bildung. Das elektronische HYPO-BANK-Kompendium wurde stetig ergänzt und um neue Inhalte (z.B. "Länder speziell"), WBTs und Testprogramme (z.B. "Geldwäscherei") erweitert.

Mit dem PC-gestützten **Bankenplanspiel** steht seit 2004 allen Teilnehmern der Grundausbildung eine Plattform für realitätsnahe Simulationen zur Verfügung. Konkret geschieht dies so, daß das Bankenplanspiel als letztes Trainingsmodul der Grundausbildung den Teilnehmern die Gelegenheit bietet, das erworbene Wissen und Können "ganzheitlich" im Rahmen der Simulation umzusetzen. Die Teilnehmer haben dabei die Aufgabe, "ihre" Bank über mehrere Perioden hinweg zu steuern - unter Berücksichtigung der Mitbewerber, des Marktes allgemein, der Konjunktur und natürlich der gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß dieses Bankenplanspiel nicht nur realitätsnahes Lernen und Üben ermöglicht, sondern auch sehr viel Spaß macht.

Alle Bildungsmaßnahmen haben ein Ziel: den HYPO-BANK-Kunden optimale Beratung und Betreuung zu bieten. Alle Bildungsmaßnahmen sind aber nur möglich, weil sie unterstützt werden durch Trainer, Führungskräfte, Bildungsverantwortliche und getragen werden vom "Bildungswillen" der HYPO-BANK-Mitarbeiter. Ihnen allen sei dafür herzlich gedankt!

# HYPO-VERBAND 2004



\*) durchgerechnete Anteile

## IV. INTERNATIONALE MITGLIEDSCHAFTEN UND KONTAKTE

### 1.1. Europäischer Verband Öffentlicher Banken (EAPB)

Der Hypo-Verband hat Ende 2003 beschlossen, seine europäische Vertretung neu auszurichten. Es erfolgten der Austritt aus dem Europäischen Hypothekenbankenverband und der Beitritt zum Europäischen Verband Öffentlicher Banken, der formal per 01.01.2005 wirksam wurde. Zum Generalsekretär dieses Verbandes, Direktor Henning Schoppmann, bestehen seit vielen Jahren aufgrund seiner langjährigen Tätigkeit für den Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands intensive und freundschaftliche Kontakte. Direktor Schoppmann hat in der Zeit des Beihilfeverfahrens im Zusammenhang mit der Gewährträgerhaftung wertvolle und zeitnahe Informationen aus Brüssel geliefert. Der Hypo-Verband hat sich überzeugen können, daß der EAPB auf europäischer Ebene eine besondere Informationsqualität und effektive Interessenvertretung bietet. Als Präsident steht dieser Vereinigung Dr. Wolfgang Kulterer, der Vorsitzende der Hypo Alpe-Adria-Bank International AG, vor.

### 1.2. Deutschland

Besonders enge Beziehungen bestehen zum Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands (VÖB), der über ein qualitativ hochstehendes Informationssystem verfügt. Es finden regelmäßige Treffen mit dem Hauptgeschäftsführer Karl Heinz Boos statt, um durch ein abgestimmtes Vorgehen die Erfolgsaussichten bei wichtigen EU-Richtlinienvorhaben auf Brüsseler Ebene zu verbessern. Bei derartigen Treffen nimmt üblicherweise auch der Geschäftsführer der Bundessparte Bank und Versicherung der österreichischen Wirtschaftskammer, Syndikus Dr. Herbert Pichler, teil. Diese Vernetzung hat sich bisher sehr bewährt und insbesondere beim Umsetzungsprozeß von Basel II in EU-Recht gelang es, wichtige Anliegen von Hypothekenbanken erfolgreich zu vertreten.

## 1.3. Schweiz

An den tourlichen Treffen der Geschäftsführer des Bundesverbandes Öffentlicher Banken und des Hypo-Verbandes nimmt auch der Geschäftsführer des Verbandes Schweizerischer Kantonalbanken, Direktor Carlo Mati, teil. Zwischen den Kantonalbanken und den Landes-Hypothekenbanken bestehen zum Teil starke strukturelle Ähnlichkeiten bedingt durch die konsequente Ausrichtung auf definierte Wirtschaftsräume. Der Schweizer Bankplatz muß sich seit geraumer Zeit auf rechtliche Vorgaben aus Europa einstellen, wie das Beispiel EU-Quellensteuer zeigt. Das Inkrafttreten per 1. Juli 2005 war im Wesentlichen davon bestimmt, daß sich auch die Schweiz verpflichtete, zeitgleich gleichwertige Maßnahmen für EU-Bürger am Schweizer Bankplatz einzuführen.

## V. ORGANE

### PRÄSIDIUM

Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma	Präsident
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer	Vizepräsident
Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer	Vizepräsident

### DIREKTORENKONFERENZ

Die Direktorenkonferenz setzt sich aus den Vorstandsvorsitzenden der Hypos oder deren Vertretern zusammen und tagt durchschnittlich fünfmal im Jahr.

### LÄNDERBEIRAT

#### Burgenland:

Landesrat Helmut Bieler  
Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich

#### Kärnten:

Landeshauptmann Dr. Jörg Haider  
Direktor Dr. Wolfgang Kulterer

# HYPO-VERBAND 2004

---

## Niederösterreich:

Landesrat Mag. Wolfgang Sobotka  
Generaldirektor Ing. Mag. Werner Schmitzer

## Salzburg:

Landesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder  
Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger

## Tirol:

Landeshauptmann-Stv. Ferdinand Eberle  
Direktor Dr. Hannes Gruber

## Oberösterreich:

Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer  
Generaldirektor  
Dr. Andreas Mitterlehner

## Steiermark:

Landeshauptmann-Stv  
Dr. Othmar Raus  
Generaldirektor  
Dr. Reinhard Salhofer

## Vorarlberg:

Landeshauptmann  
Dr. Herbert Sausgruber  
Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma

## VERBANDSSEKRETARIAT

Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar  
Generalsekretär-Stv. Dr. Christoph Hiesberger  
Mag. Wolfgang Wild  
Mag. Bernhard Freudenthaler

Geschäftsführer  
stv. Geschäftsführer  
Leiter Hypo-Bildung

## VERBAND DER ÖSTERREICHISCHEN LANDES-HYPOTHEKENBANKEN

Brucknerstraße 8, 1043 Wien, Tel. Nr. +43 (0)1/505 87 32-0, Telefax Nr. +43 (0)1/505 87 32-20,  
[verband@hypoverband.at](mailto:verband@hypoverband.at); [www.hypoverband.at](http://www.hypoverband.at)

# HYPO-VERBAND 2004

## ORDENTLICHE MITGLIEDER

<b>EB und HYPO – BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft</b>	7000 Eisenstadt Neusiedler Straße 33 Telefon +43 (0) 2682/605 Serie Telefax +43 (0) 2682/605 209 <a href="http://www.bank-bgld.at">www.bank-bgld.at</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor KR Dr. Wolfgang Ulrich  Direktor Gerhard Nyul
<b>HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG</b>	9010 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202 Telefax +43 (0) 50202 3899 <a href="http://www.hypo-alpe-adria.com">www.hypo-alpe-adria.com</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dr. Wolfgang Kulterer  Direktor Mag. Günter Striedinger Direktor MBA Thomas Morgl
<b>HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG</b>	9020 Klagenfurt Alpen-Adria-Platz 1 Telefon +43 (0) 50202 Telefax +43 (0) 50202 3112 <a href="http://www.hypo-alpe-adria.com">www.hypo-alpe-adria.com</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Mag. Gert Xander  Stv. Vorstandsvorsitzende des Vorstandes: Direktorin Mag. Andrea Maller-Weiß  Direktor Mag. Ernst Eberhard
<b>Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft</b>	3100 St. Pölten Kremser Gasse 20 Telefon +43 (0) 2742/4920 Telefax +43 (0) 2742/4920 1444 <a href="http://www.noehypo.at">www.noehypo.at</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor KR Ing. Mag. Werner Schmitzer  Direktor Dr. Günter Matuschka Direktor KR Dr. Wilhelm Miklas Direktor Dkfm. Herbert Höck
<b>Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft</b>	4010 Linz Landstraße 38 Telefon +43 (0) 732/7639 Telefax +43 (0) 732/7639 205 <a href="http://www.hypo.at">www.hypo.at</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Dr. Andreas Mitterlehner  Generaldirektor-Stv. Mag. Emil Lauß Vorstandsdirektor Mag. Dr. Reinhard Krausbar
<b>SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT</b>	5010 Salzburg Residenzplatz 7 Telefon +43 (0) 662/8046 Serie Telefax +43 (0) 662/8046 3004 <a href="http://www.hyposalzburg.at">www.hyposalzburg.at</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Dr. Reinhard Salhofer  Generaldirektor-Stv. KR Mag. Dr. Günther Ramusch Vorstandsdirektor Dr. Clemens Werndl
<b>Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft</b>	8010 Graz Radetzkystraße 15 Telefon +43 (0) 316/8051 Telefax +43 (0) 316/8051 264 <a href="http://www.hypobank.at">www.hypobank.at</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Generaldirektor Dkfm. Alfred Goger  Generaldirektor-Stv. Dr. Edwin Knoll Direktor Mag. Dr. Robert Niesner
<b>HYPO TIROL BANK AG</b>	6021 Innsbruck Meraner Straße 8 Telefon +43 (0) 50700 Telefax +43 (0) 50700 42103 <a href="http://www.hypotiro.com">www.hypotiro.com</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dr. Hannes Gruber  Stv. Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dr. Günter Unterleitner  Direktor Werner Pfeifer
<b>Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft</b>	6901 Bregenz Hypo-Passage 1 Telefon +43 (0) 5574/414 Telefax +43 (0) 5574/414 1050 <a href="http://www.hypovbg.at">www.hypovbg.at</a>	Vorsitzender des Vorstandes: Direktor Dkfm. Dr. Jodok Simma,  Direktor Mag. Dr. Johannes Hefel Direktor Mag. Dr. Michael Grahammer (ab 1.7.2004)

## AUSSERORDENTLICHE MITGLIEDER

Österreichischer Gemeindebund	1010 Wien Löwelstraße 6 Telefon +43 (0) 1/5121480 Telefax +43 (0) 1/5121480 72	Vertreten in der Vollversammlung durch: Bürgermeister Helmut Mödlhammer, Präsident Hofrat Dr. Robert Hink, Generalsekretär
Österreichischer Städtebund	1082 Wien 8 Rathaus Telefon +43 (0) 1/4000 89985 Telefax +43 (0) 1/4000 9989980	Vertreten in der Vollversammlung durch: Obersenatsrat Dkfm. Dr. Erich Pramböck, Generalsekretär
Bundesverband Öffentlicher Banken Deutschlands	D-10832 Berlin Lennéstraße 17 Telefon +49/30/8192 0 Telefax +49/30/8192 222	Vertreten in der Vollversammlung durch: Dr. Karl-Heinz Boos, Hauptgeschäftsführer
Bank Austria Creditanstalt AG	1030 Wien Vordere Zollamtsstraße 13 Telefon +43 (0) 50505-0 Telefax +43 (0) 50505-44890	Vertreten in der Vollversammlung durch: Mag. Alfred Simon

## PFANDBRIEFSTELLE

Pfandbriefstelle der österreichischen Landes-Hypothekenbanken	1043 Wien Brucknerstraße 8 Telefon +43 (0) 1/5058732-0 Telefax +43 (0) 1/5058732-64	Vorstand: Mag. Dietmar Rugar geschäftsführender Direktor, Dr. Christoph Hiesberger stv. geschäftsführender Direktor, Dr. Hannes Leitgeb
---	--	--

(Stand: Mai 2005)

## VI. ZWEIGSTELLEN

### EB und HYPO - BANK BURGENLAND Aktiengesellschaft

Zentrale:	7000 Eisenstadt, Neusiedler Straße 33	+43 (0) 2682/605-0
Filialen:	1090 Wien, Kolingasse 12	+43 (0) 1/4060460
	2491 Neufeld, Hauptstraße 55	+43 (0) 2624/52668
	7000 Eisenstadt, Hauptstraße 31	+43 (0) 2682/605-0
	7071 Rust, Hauptstraße 6	+43 (0) 2685/205
	7100 Neusiedl, Hauptplatz 26-28	+43 (0) 2167/2271
	7132 Frauenkirchen, Amtshausgasse 3	+43 (0) 2172/2544
	7201 Neudörfel, Hauptstraße 33	+43 (0) 2622/77341
	7210 Mattersburg, Martinsplatz 4	+43 (0) 2626/67570
	7350 Oberpullendorf, Hauptstraße 9	+43 (0) 2612/42193
	7400 Oberwart, Hauptplatz 11, Atrium	+43 (0) 3352/38913
	7400 Oberwart, Dornburggasse 80, LKH	+43 (0) 3352/32841
	7540 Güssing, Hauptplatz 1	+43 (0) 3322/43437
	8380 Jennersdorf, Hauptplatz 15	+43 (0) 3329/45382
Bankshop:	7111 Parndorf, Wirtschaftspark, Straße 2	+43 (0) 2166/3663-0

### HYPO ALPE-ADRIA-BANK AG

Zentrale:	9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1	+43 (0) 50202-0
Filialen:	1010 Wien, Stock-im-Eisen-Platz 3	+43 (0) 50202-6900
	9020 Klagenfurt, Domgasse 5	+43 (0) 50202-0
	9020 Klagenfurt, Baumbachplatz 2	+43 (0) 50202-6100
	9020 Klagenfurt, Feschnigstraße 17	+43 (0) 50202-6800
	9020 Klagenfurt, LKH	+43 (0) 50202-6850
	9020 Klagenfurt, Universitätsstraße 65-67	+43 (0) 50202-5503
	9100 Völkermarkt, Hauptplatz 27	+43 (0) 50202-6250
	9300 St. Veit/Glan, Platz am Graben	+43 (0) 50202-6750
	9400 Wolfsberg, Herrengasse 1	+43 (0) 50202-6400
	9400 Wolfsberg, St. Stefaner Straße 8	+43 (0) 50202-5150
	9411 St. Michael 26	+43 (0) 50202-5050
	9411 St. Margarethen 36	+43 (0) 50202-5100
	9411 St. Gertraud 74	+43 (0) 50202-6500
	9461 Prebl 70A	+43 (0) 50202-5000
	9470 St. Paul, Hauptstraße 18	+43 (0) 50202-6450
	9500 Villach, Ossiacher Zeile 9	+43 (0) 50202-6300
	9560 Feldkirchen, Tiebelzentrum, 10.-Oktober-Straße	+43 (0) 50202-6700
	9620 Hermagor, Gasserplatz 1	+43 (0) 50202-6200
	9800 Spittal/Drau, Neuer Platz 19	+43 (0) 50202-6150
	5020 Salzburg, Hellbrunnerstraße 9a	+43 (0) 50202-5200
Repräsentanz:	B-1040 Brüssel, Rue Wiertz 50/28	+32 (0) 24018752
	D-80333 München Weinstraße 5	+49 (0) 8992008



# HYPO-VERBAND 2004

---

## HYPO ALPE-ADRIA-BANK INTERNATIONAL AG

Zentrale: 9020 Klagenfurt, Alpen-Adria-Platz 1 +43 (0) 50202-0

## Niederösterreichische Landesbank-Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Zentrale.: 3100 St. Pölten, Kremser Gasse 20 +43 (0) 2742/4920-1111  
Filialen: 1010 Wien, Wipplingerstraße 2 +43 (0) 1/905 0050  
1014 Wien, Herrengasse 10 +43 (0) 1/533 32 37  
1040 Wien, Operngasse 21 +43 (0) 1/586 55 91  
1060 Wien, Mariahilfer Straße 121 +43 (0) 1/597 32 42  
1090 Wien, Porzellangasse 64 +43 (0) 1/317 74 65  
1140 Wien, Linzer Straße 402 +43 (0) 1/914 56 25  
1210 Wien, Schloßhoferstraße 53 +43 (0) 1/271 86 57  
2070 Retz, Hauptplatz 11 +43 (0) 2942/20 424  
2130 Mistelbach, Franz Josef-Straße 17 +43 (0) 2572/20 402  
2301 Groß-Enzersdorf, Schloßhoferstraße 4 +43 (0) 2249/36 07  
2340 Mödling, Freiheitsplatz 7 +43 (0) 2236/42480  
2340 Mödling, KH, Sr.M.Restituta-Gasse 12 +43 (0) 2236/48 550  
2380 Perchtoldsdorf, Wiener Gasse 27 +43 (0) 1/ 869 04 98  
2500 Baden, Josefsplatz 6 +43 (0) 2252/41 289  
2500 Baden, BH, Schwartzstraße 50 +43 (0) 2252/21 199  
2620 Neunkirchen, Herrengasse 15 +43 (0) 2632/90 818  
2700 Wr. Neustadt, KH, Corvinusring 3-5 +43 (0) 2622/23 357  
2700 Wr. Neustadt, Adlergasse 3 +43 (0) 2622/284 20  
3100 St. Pölten,  
Landhaus-Boulevard Haus 3/25 +43 (0) 2742/258 020  
3300 Amstetten, Wiener Straße 28 +43 (0) 7472/684 81  
3390 Melk, Jakob-Prandtauer-Straße 9 +43 (0) 2752/52452  
3400 Maria Gugging, KH, Hauptstraße 2 +43 (0) 2243/83238  
3400 Klosterneuburg, Niedermarkt 9-11 +43 (0) 2243/30698  
3430 Tulln, Bahnhofstraße 15 +43 (0) 2272/652 05  
3500 Krems, KH, Mitterweg 10 A +43 (0) 2732/706 40  
3500 Krems, Obere Landstraße 14 +43 (0) 2732/875 61  
3580 Horn, Kirchenplatz 11 +43 (0) 2982/2970  
3910 Zwettl, Neuer Markt 6 +43 (0) 2822/531 75

## Oberösterreichische Landesbank Aktiengesellschaft

Zentrale: 4010 Linz, Landstraße 38/Rudigierstr. 4 +43 (0) 732/76 39-0  
Filialen: 1010 Wien, Wipplingerstraße 30/3 +43 (0) 1/7969820  
4020 Linz, Huemerstraße 23 +43 (0) 732/77 83 91  
4020 Linz, Bahnhofplatz 2 +43 (0) 732/65 63 90  
4020 Linz, Am Bindermichl 28 +43 (0) 732/34 46 11  
4020 Linz, Eurocenter/Europastraße 12 +43 (0) 732/38 12 07  
4020 Linz, Wagner-Jauregg-Weg 15 +43 (0) 732/66 00 03  
4020 Linz Eisenhandstraße 28 +43 (0) 732/ 77 83 91  
4020 Linz solarCity, Lunaplatz 1 +43 (0) 732/32 00 26  
4040 Linz, Steg, Pulvermühlstraße 21 +43 (0) 732/25 14 83  
4040 Linz, Magdalena/Griesmayrstraße 19 +43 (0) 732/25 25 24  
4040 Linz, Neues Rathaus/Hauptstraße 1-5 +43 (0) 732/73 11 29  
4401 Steyr, Wehrgrabengasse 18 +43 (0) 7252/74088

# HYPO-VERBAND 2004

---

	4601 Wels, Kaiser-Josef-Platz 23	+43 (0) 7242/62 8 81
	4780 Schärding, Karl-Gruber-Straße 1	+43 (0) 7712/79 79
	4840 Vöcklabruck, Dr. Anton Bruckner-Straße 15	+43 (0) 7672/22 4 44
	4840 Vöcklabruck, LKH, Dr. Wilhelm Bock-Straße 1	+43 (0) 7672/21 255
	4910 Ried/Innkreis, Stelzhamerplatz 6	+43 (0) 7752/82 9 22
Zahlstelle:	4150 Rohrbach, Gerberweg 6	+43 (0) 7289/20728
	4400 Steyr, LKH, Sierningerstraße 170	+43 (0) 7252/71174

## **SALZBURGER LANDES-HYPOTHEKENBANK AKTIENGESELLSCHAFT**

Zentrale:	5010 Salzburg, Residenzplatz 7	+43 (0) 662/8046
Filialen:	5020 Salzburg, Petersbrunnstraße 1	+43 (0) 662/8046
	5020 Salzburg, Lindhofstraße 5	+43 (0) 662/431397
	5020 Salzburg, Dreifaltigkeitsgasse 16	+43 (0) 662/877475
	5020 Salzburg, Vogelweiderstraße 55	+43 (0) 662/881238
	5020 Salzburg, Ignaz-Harrer-Straße 79a	+43 (0) 662/430455
	5020 Salzburg, Aigner Straße 4a	+43 (0) 662/620411
	5071 Wals-Siezenheim, Bundesstraße 16	+43 (0) 662/854990
	5101 Bergheim, Moosfeldstraße 1	+43 (0) 662/453660
	5110 Oberndorf, Brückenstraße 8	+43 (0) 6272/5161
	5201 Seekirchen, Hauptstraße 12	+43 (0) 6212/7320
	5202 Neumarkt, Hauptstraße 25	+43 (0) 6216/7452
	5340 St. Gilgen, Aberseestraße 8	+43 (0) 6227/7975
	5400 Hallein, Kornsteinplatz 12	+43 (0) 6245/84351
	5431 Kuchl, Markt 57	+43 (0) 6244/7625
	5500 Bischofshofen, Gasteiner Straße 39	+43 (0) 6462/3452
	5541 Altenmarkt, Hauptstraße 40	+43 (0) 6452/6486
	5580 Tamsweg, Postplatz 110	+43 (0) 6474/6900
	5582 St. Michael, Poststraße 6	+43 (0) 6477/8611
	5600 St. Johann, Hauptstraße 16	+43 (0) 6412/8881
	5700 Zell/See, Postplatz 1	+43 (0) 6542/72400
	5730 Mittersill, Hintergasse 2	+43 (0) 6562/4431
	5760 Saalfelden, Almerstraße 8	+43 (0) 6582/72644
	5018 Salzburg, Bankshop Europark, Europastraße 1	+43 (0) 676 82 46-12 80

## **Landes-Hypothekenbank Steiermark Aktiengesellschaft**

Zentrale:	8011 Graz, Radetzkystraße 15-17	+43 (0) 316/8051-0
Filialen:	8010 Graz, Riesstraße 1	+43 (0) 316/8051-821
	8010 Graz, Paulustorgasse 4	+43 (0) 316/8051-851
	8010 Graz, Plüddemangasse 96	+43 (0) 316/8051-861
	8020 Graz, Peter Tunner-Gasse 34	+43 (0) 316/8051-831
	8053 Graz, Kärntner Straße 207a	+43 (0) 316/8051-841
	8280 Fürstenfeld, Commendegasse 1	+43 (0) 3382/53230
	8330 Feldbach, Hauptplatz 26	+43 (0) 3152/5012
	8430 Leibnitz, 27. Jännerstraße Nr. 2	+43 (0) 3452/71133
	8530 Deutschlandsberg, Unterer Platz 4	+43 (0) 3462/4340
	8600 Bruck/Mur, Koloman-Wallisch-Platz 22	+43 (0) 3862/51852

# HYPO-VERBAND 2004

---

	8750	Judenburg, Herrengasse 2	+43 (0) 3572/83580
	8940	Liezen, Hauptstraße 17	+43 (0) 3612/25377-745
	8970	Schladming, Hauptplatz 29	+43 (0) 3687/23453
Zahlstellen:	8020	Graz, LKH Graz West, Göstingerstraße 22	+43 (0) 316/8051-808
	8282	Therme Loipersdorf, Loipersdorf 215	+43 (0) 3382/8373
	8330	Feldbach, LKH, Ottokar Kernstock-Str. 18	+43 (0) 3152/5012-794
	8530	Deutschlandsberg, LKH, Radlpassstr. 29	+43 (0) 3462/4340-778
	8053	Graz, SB-Bank LSF Graz, - Wagner-Jauregg-Platz 1	+43 (0)316/8051-847

## HYPO TIROL BANK AG

Zentrale:	6020	Innsbruck, Meraner Straße 8	+43 (0) 50700-7000
Filialen:	1010	Wien, Renngasse 9	+43 (0) 50700-5200
		Maria Enzersdorf, Südstadtzentrum 24 E	+43 (0) 50700-5700
	6020	Innsbruck, Viktor-Franz-Hess-Straße 1	+43 (0) 50700-1200
	6020	Innsbruck, Hypo-Passage 1	+43 (0) 50700-5400
	6020	Innsbruck, Erzherzog-Eugen-Straße 19	+43 (0) 50700-7200
	6020	Innsbruck, Kaiserjäger Straße 4a	+43 (0) 50700-5600
	6020	Innsbruck, Amraser Straße Nr. 25	+43 (0) 50700-7300
	6020	Innsbruck, Eduard-Bodem-Gasse 6	+43 (0) 50700-5500
	6020	Innsbruck, Innrain 47a	+43 (0) 50700-7100
	6060	Hall, Unterer Stadtplatz 3	+43 (0) 50700-5300
	6063	Rum, Innstraße 46	+43 (0) 50700-1500
	6100	Seefeld, Innsbrucker Straße 25	+43 (0) 50700-5100
	6130	Schwaz, Andreas Hofer Straße 6	+43 (0) 50700-1300
	6166	Fulpmes, Waldraster Straße 2	+43 (0) 50700-7700
	6290	Mayrhofen, Hauptstraße 418	+43 (0) 50700-7400
	6300	Wörgl, Speckbacherstraße 10	+43 (0) 50700-7800
	6330	Kufstein, Oberer Stadtplatz 6	+43 (0) 50700-7500
	6370	Kitzbühel, Bichlstraße 9	+43 (0) 50700-1600
	6380	St. Johann, Speckbacherstraße 29	+43 (0) 50700-7600
	6410	Telfs, Obermarktstraße 2	+43 (0) 50700-1400
	6460	Imst, Rathausstraße 1	+43 (0) 50700-7900
	6500	Landeck, Malsersstraße 11	+43 (0) 50700-1800
	6600	Reutte, Obermarktstraße 18	+43 (0) 50700-1900
	9900	Lienz, Hauptplatz 4	+43 (0) 50700-1700
	I-39031	Bruneck, Graben 32	+39 (0) 474 377 377
	I-39042	Brixen, Stadelgasse 12/b	+39 (0) 472 979 797
	I-39100	Bozen, Waltherplatz 2	+39 (0) 471 066 319
	I-39012	Meran, Freiheitsstraße 18/2	+39 (0) 473 066 319
	I-38100	Trient, Via Oss Mazzurana 57	+39 (0) 461 17 30 173
	D-80335	München, Bayerstraße 33	+49 (0) 89 55 21 37

## Vorarlberger Landes- und Hypothekenbank Aktiengesellschaft

Zentrale:	6900 Bregenz, Hypo-Passage 1	+43 (0) 5574 414-0
Filialen:	1010 Wien, Singerstraße 12	+43 (0) 1/513 89 29-0
	6700 Bludenz, Am Postplatz 2	+43 (0) 5552/633 47-0
	6764 Lech, HNr. 138	+43 (0) 5583/25 78-0
	6780 Schruns, Jakob-Stemer-Weg 2	+43 (0) 5556/739 76-0
	6793 Gaschurn, HNr. 6B	+43 (0) 5558/87 22-0
	6800 Feldkirch, Neustadt 23	+43 (0) 5522/736 01-0
	6800 Feldkirch, LKH, Carinagasse 47-49	+43 (0) 5522/787 72-0
	6830 Rankweil, LKH, Valdunastraße 16	+43 (0) 5522/787 72-2611
	6830 Rankweil, Ringstraße 11	+43 (0) 5522/453 30-0
	6840 Götzis, Hauptstraße 4	+43 (0) 5523/624 51-0
	6845 Hohenems, Bahnhofstr. 19	+43 (0) 5576/737 81-0
	6850 Dornbirn, Rathausplatz 6	+43 (0) 5572/246 53-0
	6850 Dornbirn, Messestraße 2 (Messepark)	+43 (0) 5572/295 80-0
	6863 Egg, HNr. 940, Wälderpark	+43 (0) 5512/21 44-0
	6873 Höchst, Hauptstraße 25	+43 (0) 5578/722 72-0
	6890 Lustenau, Kaiser-Franz-Josef-Straße 4a	+43 (0) 5577/836 11-0
	6900 Bregenz, Römerstraße 2 (GWL) +	43 (0) 5574/458 52-0
	6900 Bregenz-Vorkloster, Heldendankstraße 33	+43 (0) 5574/843 30-0
	6923 Lauterach, Achpark, Dammstraße 2	+43 (0) 5574/706 00-0
	6971 Hard, Landstraße 9	+43 (0) 5574/784 02-0
	6991 Riezlern, Walserstraße 31	+43 (0) 5517/50 01
	6993 Mittelberg, Walserstraße 62	+43 (0) 5517/55 91
	8010 Graz, Joanneumring 7	+43 (0) 316/81 64 70-0
	4600 Wels, Kaiser-Josef-Platz 48	+43 (0) 7242/21 06 24-0
	9004 CH St. Gallen, Bankgasse 1	+41 (0) 71/228 85-00

## Impressum:

Medieninhaber (Verleger): Verband der österreichischen Landes-Hypothekenbanken.  
Für den Inhalt verantwortlich: Generalsekretär Mag. Dietmar Rupar. Alle A-1040 Wien,  
Brucknerstraße 8.